



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **22. Sitzung (öffentlich)**

19. April 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von „unternehmer.nrw“ und dem „Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH“ zur Studie „NRW: Stark durch die EU“ (Präsentation s. Anlage 1) 3**

**2 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der „Academy of International Affairs NRW“ (Präsentation s. Anlage 2) 14**

**3 Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nach der Europawahl vorantreiben! 30**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/8436

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD ab.

- 4 Jugendgipfel in Kattowitz** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **33**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2474  
– keine Wortbeiträge  
Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/2474 zur Kenntnis.
- 5 Neuer Sachstand zu Euregio-Themen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]; nachträglich eingereichter Bericht [s. Anlage 5]*) **34**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2473  
– Wortbeiträge
- 6 Verschiedenes** **37**  
– keine Wortbeiträge

\* \* \*

**1 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von „unternehmer.nrw“ und dem „Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH“ zur Studie „NRW: Stark durch die EU“ (Präsentation s. Anlage 1)**

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Wir starten jetzt offiziell mit der Studie „NRW: Stark durch die Europäische Union.“ Ich begrüße Frau Oster von unternehmer.nrw. Sie leitet das Büro in Brüssel. Ich begrüße Herrn Kempermann, den Geschäftsführer von IW Consult, der die Studie quasi gemacht hat. Sie stellen die Studie vor. Sie haben uns eine kleine Präsentation mitgebracht (vgl. **Anlage 1** zu diesem Protokoll). Ich würde mal sagen: The floor is yours, bitte schön.

**Isabelle Oster (unternehmer nrw):** Ich darf ein paar einleitende Worte finden. Zunächst guten Morgen. Herzlichen Dank für die Einladung zu dem heutigen Fachgespräch und die Gelegenheit, die Studie „NRW: Stark durch die EU“ hier in Ihrem Kreis vorzustellen. Wir – ich glaube, da darf ich auch für Herrn Kempermann sprechen – haben uns sehr gefreut, dass die Studie auch hier Anklang gefunden hat und auf Interesse gestoßen ist. Wir nehmen daher die Gelegenheit, das hier einmal vorzustellen, sehr gerne wahr.

Bevor Herr Kempermann die Inhalte der Studie im Einzelnen vorstellt, möchte ich kurz auf unsere Intentionen seitens unternehmer.nrw, die Studie in Auftrag zu geben, eingehen. Ich möchte auch sagen, dass die Studie ein zentraler Baustein unserer europapolitischen Verbandsaktivitäten im Vorfeld der Europawahl am 9. Juni ist. Sie analysiert, wie der Titel verrät, den wirtschaftlichen Nutzen der EU für NRW und stellt vor allem auch die enormen positiven Effekte dar.

Vor uns liegt – das betonen wir an jeder Stelle – eine der wichtigsten Wahlen seit Bestehen der EU. Aus unserem Kreise gibt es ganz klar die Auffassung, dass das eine Richtungswahl ist, die eine Antwort auf die Frage geben wird, in welchem Europa wir in der nächsten Zeit leben werden. Umso wichtiger war es uns, genau zu diesem Zeitpunkt aufzuzeigen, was gerade wir in NRW von einem geeinten und starken Europa haben. Aus diesem Grund haben wir auch die IW Consult gebeten, die wirtschaftliche Bedeutung Europas für NRW zu untersuchen. Auch bei uns im Haus hat es vorab ein paar Debatten gegeben. Europa hat natürlich unstreitig sehr viel Gutes mitgebracht: Wir haben offene Grenzen, freien Handel, eine gemeinsame Währung. Und das sind nur wenige Vorteile, die ich nenne, die, glaube ich, für uns alle, sowohl für Verbraucher, Arbeitnehmer, aber auch für die Wirtschaft schon zur Selbstverständlichkeit geworden sind.

Doch die Vorteile müssen wir unseres Erachtens viel stärker in die politische Debatte vor der Wahl einbringen und auch eine viel fokussiertere und leidenschaftlichere Debatte vor der Europawahl führen. Auch wir sind ja nicht dafür berühmt, dass wir uns immer in Zurückhaltung üben, was europäische Bürokratie und Regelungswut angeht. Aber diesen Spagat meistern wir, denke ich, auch jetzt vor der Europawahl ganz eindeutig, da der Wirtschaft ganz klar ist und auch tagtäglich bewusst wird, was Binnenmarkt und andere positive Vorteile uns bringen.

Daher verfolgen unsere Aktivitäten eine klare proeuropäische Linie. Die Fakten der Studie sind, denke ich, unmissverständlich. Ich kann gar nicht genug betonen, wie wichtig es ist, die Zahlen immer wieder in den entsprechenden Kreisen zu wiederholen. Was die Studie anschaulich und prägnant analysiert: die überragende Bedeutung der EU für unsere Wirtschaft, für die Arbeitsplätze, für den Wohlstand insgesamt – und das nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht, sondern auch für Arbeitnehmer, Verbraucher und die Menschen in Nordrhein Westfalen. Klar wird, glaube ich, ganz eindeutig: Wenn Europa handlungsunfähig wird oder gar zerbricht, wird es auch und vor allem in NRW sehr viele Verlierer geben. Vielen Dank! Dann freue ich mich auf die anschließende Diskussion.

**Hanno Kempermann (IW Consult):** Guten Morgen! Sehr verehrter Herr Minister. Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte jetzt ein paar Worte zu unserer schönen Studie verlieren, die wir „NRW: Stark durch die EU“ genannt haben. Wir haben diese Studie in drei Bausteine aufgeteilt. Das ist einmal der Baustein, dass wir uns die Handelsverflechtungen angucken. Dann gucken wir uns die Direktinvestitionen an, und am Ende haben wir eine sehr schöne „Was wäre wenn-Analyse“ gemacht.

Sie sehen hier die Handelsverflechtungen. Ich möchte darauf hinweisen, es sind Importe und Exporte, die wir uns hier angucken. Das ist das Handelsvolumen. Und gemessen am Handelsvolumen ist die EU besonders stark mit NRW verknüpft. 58,8 % des Handelsvolumens geht in die EU. Sie sehen hier Asien hat 18,5 %, Amerika hat 9,2 %, also deutlich weniger. Man kann sich das wirklich merken. Rund 60 % sind mit der EU verbandelt. Sie sehen hier – das ist an dieser Folie (Folie 5) das Wichtigste –, dass NRW stärker mit der EU verbandelt ist als Deutschland insgesamt. Das ist vielleicht auch aufgrund seiner geografischen Lage nicht überraschend.

Wir sehen in Deutschland ein Handelsvolumen von 53,5 % mit der EU und diese 58,8 % in NRW. Diese Strukturen sind seit zehn Jahren stabil, mehr oder weniger. Da gibt es jetzt keine großen Änderungen, was wir hier feststellen können.

Jetzt gucken wir mal in die einzelnen Länder (Folie 6). Was sehen wir da? Es gibt die Top-Importländer, das beginnt mit den Niederlanden mit knapp 40 Milliarden, und es geht runter bis Irland mit 4,3 Milliarden. Und es gibt die Top-EU-Exportländer. Auch da sind die Niederlande wieder besonders stark, was natürlich an der Hafenstruktur liegt. Belgien ist auch besonders stark wegen der Häfen. Das sind Rotterdam und Antwerpen vor allen Dingen, wo sehr viele Waren und Güter für NRW anlanden. Wir sehen aber auch die große Bedeutung von Frankreich. Deswegen haben wir so ein gutes Verhältnis und möchten dieses gute Verhältnis nach Frankreich auch nicht missen.

Jetzt können wir das Gleiche nicht nur für Länder machen, sondern auch für Güter und Dienstleistungen. Was wird denn da überhaupt gehandelt? Und Sie sehen als Top-Importgüter die sonstigen Waren. Da kann man sich natürlich fragen: Was sind denn sonstige Waren? Da sehen Sie da unten kleingeschrieben: Das ist Software, das sind Rohstoffe, das sind Installationsarbeiten. Das sind Waren im Wert von 22 Milliarden Euro, die als Importgüter nach NRW kommen. Danach kommen Metalle, danach kommen Kfz-Teile, und dann kommt auch schon die Chemie, also unsere klassischen

großen Branchen, für die NRW bekannt ist, von denen NRW auch ein Stück weit geprägt ist.

Wir haben als Exportgüter ganz vorne die chemischen Erzeugnisse mit 22 Milliarden, die in die EU gehen. Metalle, Maschinen sind große Summen. Insgesamt ist das Handelsvolumen rund 300 Milliarden Euro schwer. Daran muss man immer denken. Es ist sehr viel Geld, was da unterwegs ist, was zwischen den einzelnen Ländern hin- und hergeht.

Wir haben auf Basis dieser Statistiken eine klassische Impactanalyse gemacht. Eine Impactanalyse klassifiziert sich in drei Teile, nämlich einen direkten Effekt, einen indirekten Effekt und einen induzierten Effekt (Folie 8). Sie sehen hier, was diese Effekte bedeuten. Der direkte Effekt ist ein Unternehmen, das direkt in ein EU-Land liefert. Ein indirekter Effekt ist – wir haben das für diese Studie zweigeteilt – ein NRW-Unternehmen, das an ein anderes NRW-Unternehmen Teile und Komponenten liefert, und das NRW Unternehmen liefert dann beispielsweise nach Italien.

Wenn jetzt ein NRW-Unternehmen an ein Unternehmen in Deutschland liefert, also beispielsweise ein Zulieferer im Bereich der Automobilindustrie liefert an BMW, und BMW liefert ein schönes Auto nach Frankreich: Auch das sind Effekte, die hier berücksichtigt werden. Das sind die beiden indirekten Effekte. Dann haben wir noch den induzierten Effekt. Das bedeutet, jemand, der in einem Autohaus von BMW arbeitet, um bei diesem Beispiel zu bleiben, verdient Geld. Das Geld gibt er beim Einzelhandel, für Klamotten, was auch immer, aus. Und dadurch werden auch Arbeitsplätze gesichert. Das ist die klassische Impact-Berechnung, wie sie sonst auch in allen anderen Studien umgesetzt wird, ob wir uns Branchen, Länder oder Unternehmen angucken.

Was kommt da raus? Am Ende kann man das ganz genau aufteilen. Welche Arbeitplatzeffekte und welche Wertschöpfungseffekte entstehen in diesen Kaskaden? (Folie 9). Und wir sehen hier: Knapp 140 Milliarden Euro sind durch den EU Handel induziert. Daraus ergeben sich 1,7 Millionen Arbeitsplätze, die durch den EU-Handel gesichert werden. Das sind große Zahlen. Sie können sich vorstellen: Jeder fünfte Euro, der in NRW umgesetzt wird, hat irgendwas mit der EU zu tun. Das ist für mich eine ziemlich dramatische Zahl. Da kann man sich auch schon ungefähr vorstellen, was passieren würde, wenn dieser Handel in irgendeiner Art und Weise beeinträchtigt werden würde.

Wir sehen hier noch mal diese knapp 140 Milliarden, aufgelistet nach verschiedenen Branchen (Folie 10). Auch die Arbeitsplätze sehen Sie aufgelistet nach verschiedenen Branchen. Wir sehen: Allein mit 55,6 Milliarden profitieren wirtschaftsnahe Dienstleister. Das verarbeitende Gewerbe profitiert mit 48,9 Milliarden. Man denkt, im Export ist es so, dass nur Unternehmen, die Güter und Dienstleistungen vertreiben, profitieren. Nein, das ist nicht so. Es profitieren natürlich auch Dienstleister, die mit diesen Unternehmen in Wirtschaftsbeziehungen stehen. Wir haben das bis auf Kreisebene runtergerechnet.

NRW hat 53 Kreise und kreisfreie Städte. Wir können also zeigen, wie viel Arbeitsplatz- und Wertschöpfungseffekte in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten entstehen (Folie 11). Sie sehen hier, nicht überraschend vielleicht: Leverkusen ist am stärksten

aufgrund der Exporte chemischer Erzeugnisse mit der EU verknüpft. Es sind 30,9 % der Wertschöpfung in Leverkusen, die durch die EU entstehen. Und in Bochum liegt der Effekt bei 15,1 %. Sie sehen, es gibt auch eine große Auffächerung von ungefähr dem Doppelten zwischen dem geringsten und dem größten Effekt. In der Regel ist es so, dass Städte eher geringere Effekte mit der EU haben, die ländlichen Räume eher stärkere Effekte. Sie sehen hier gerade die industriegeprägten Räume wie der Märkische Kreis, Kreis Olpe, Siegen-Wittgenstein, ganz Westfalen. Südwestfalen ist sehr stark mit der EU verknüpft und profitiert da in erheblichem Maße, auch das Rheinland vor allen Dingen durch die Chemieschiene.

Jetzt kommen wir zu den Direktinvestitionen. Hier sehen Sie: Was geht rein als Direktinvestitionen nach NRW und was geht von NRW raus in andere Länder? (Folie 13). Direktinvestitionen sind klassische FTIS. Wir nehmen hier Direktinvestitionen, die mindestens 10 % des Kapitals eines Unternehmens bedeuten. Es gibt einen gewissen Schwellenwert, wobei davon ausgegangen wird, dass es ein substanzielles und nachhaltiges, stabiles Interesse an dieser Investition zwischen den Ländern gibt.

Sie sehen hier: Die EU und Europa sind die Kernländer, die Fokusländer für Investitionen. Das finde ich auch immer ganz interessant mit Blick auf die Diskussionen, die im Rahmen des Inflation Reduction Acts entstehen, im Rahmen der Informationen, dass viele Automobilkonzerne, OEMs in China investieren. Wenn man sich die Gesamtwirtschaft anguckt, ist die EU immer noch ganz weit vorne. Das sollte man nicht vergessen. Wir sehen das bei den Herkunftsländern. Ich will auf die 5,9 % aus Asien verweisen. Ich lese immer, dass chinesische Unternehmen, deutsche Maschinenbauer, deutsche KFZ-Zulieferer kaufen. Das ist zumindest in den Statistiken so nicht zu finden.

Jetzt kann man sich angucken: Wie sind die Direktinvestitionsbestände sowohl aus NRW in die EU als auch von der EU nach NRW? (Folie 14). Wir haben das einmal links mit der EU-Perspektive und rechts mit der globalen Perspektive. Rechts ist NRW mit inkorporiert. Sie sehen links, dass wir keine große Unterschiede zwischen einfließenden Direktinvestitionen und herausfließende Direktinvestitionen im Sinne von Beständen haben, sondern es gleicht sich gut aus. Die EU ist mit NRW ähnlich gut vernetzt, was das Halten von Direktinvestitionen anbetrifft, also NRW-Unternehmen in die EU. Wir haben eine intensive Vernetzung, die keine Abhängigkeiten zeigt, sondern es ist ein Miteinander auf Augenhöhe.

Rechts sehen Sie die globalen Direktinvestitionsbestände. Da weisen wir immer wieder darauf hin, dass es schon überraschend ist, dass es in Deutschland insgesamt so ist, dass mehr Kapital aus Deutschland herausfließt als nach Deutschland hineinkommt. Sie sehen das durch diese steigende Schere, die da aufgeht. Wir haben also Nettoabflüsse von Direktinvestitionen in andere Länder der Welt. Das ist in dieser Studie quasi der Benchmark. Deswegen sagen wir als Hauptaussage dieser Studie, dass wir eine schöne Balance haben zwischen der EU und NRW, was Direktinvestitionsbestände anbetrifft.

Jetzt kommt die What if-Analyse. Wir haben geschätzt, was passiert, wenn Deutschland aus der EU ausscheiden würde, was dann mit NRW passiert. Da gibt es einen sehr neuen, sehr guten Ansatz, mit dem man das machen kann. Mit dem arbeiten alle,

die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Born aus Bonn hat die Auswirkungen bezüglich des Brexits dargestellt (Folie 16). Lars Feld hat vor einer Woche eine Studie mit dieser Systematik umgesetzt bei einem anderen Thema. Das ist also eine sehr gute Methode. Die Methode ist wie folgt: Wir gucken uns den Weg eines Bruttoinlandsprodukts an bis zu einem gewissen Bruch. Und dann gucken wir uns die weitere Ist-Entwicklung und eine kontrafaktische Entwicklung an: Was wäre, wenn es diesen Bruch nicht gegeben hätte?

Und Born et al. von der Uni Bonn haben das für den Brexit so geschätzt. Wir haben das dann für NRW geschätzt. Die Logik dahinter ist, dass wir eine strukturähnliche Region in England suchen. Das macht man ökonomisch, also über ein statistisches Verfahren. Und diese strukturähnlichen Regionen bekommen bestimmte Anteile. NRW wird also aus diesen strukturähnlichen Regionen in England zusammengesetzt. Es ist ein kontrafaktisches NRW quasi. (Folie 17)

Und Sie sehen hier diese Region in England, und Sie sehen NRW. NRW hat sich als zweitbeste von allen Regionen in England entwickelt, wenn wir das als Beispiel nehmen. Und aus den anderen Regionen wird jetzt NRW synthetisiert. Das sieht man hier, das sind die Gewichte (Folie 18). Wenn Sie irgendwann mal von der synthetischen Kontrollmethode lesen: Das ist das, was wir hier angewandt haben. Und Sie sehen hier – den Text muss ich jetzt nicht vorlesen –, es geht darum, dass wir Strukturähnlichkeit herstellen und dementsprechend die Ergebnisse des Brexits sehr gut auf NRW modellieren können.

Wir haben also einen Ist-Wert quasi, den wir in eine möglichst gute Schätzung übersetzen. Was würde mit NRW passieren, wenn es einen Dexit oder NRW-Exit gäbe? (Folie 19). Und das hier ist das Ergebnis: Es würden also 37,6 Milliarden Euro an BIP verloren gehen, das sind 5,1 % bzw. 500.000 Arbeitsplätze. Sie sehen hier das Gap ab 2016, was dann mit dem kontrafaktischen NRW passiert. Das Kontrafaktische ist, wenn es diesen NRW Exit gäbe, wir sehen das tatsächliche NRW, das sind dann Werte bis 2022, wie es aktuell gelaufen ist.

Wenn ich das mit einem letzten Satz noch einordnen darf: Sie haben ganz am Anfang gehört, es sind 140 Milliarden Wertschöpfung, die betroffen sind, und 1,7 Millionen Arbeitsplätze, die gesichert werden. Das hier ist grosso modo 1/3. Das liegt daran, dass es natürlich Ausweicheffekte gäbe. Der Handel mit der EU würde ja nicht komplett eingestellt werden, wenn es jetzt ein NRW-Exit oder ein Dexit gäbe. Die 140 Milliarden und die 1,7 Millionen Beschäftigte, das ist der Ist-Wert, so wie jetzt gerade Arbeitsplätze gesichert werden. Wenn diese Situation kontrafaktisch entstehen würde, dann wären wirklich 500.000 Arbeitsplätze weg. Ich hoffe, damit sind die wichtigsten Zahlen erläutert. – Vielen Dank!

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Herzlichen Dank, Frau Oster, Herr Kempermann, dass Sie uns die Studie vorgestellt haben. Es wäre schön, wenn Sie uns die Charts zur Verfügung stellen würden, damit wir sie dem Protokoll beifügen können.

Ich frage in die Runde: Gibt es Wortmeldungen von Seiten der Ausschussmitglieder? Das ist der Fall. Als Erstes hat sich Herr Dr. Pfeil für die FDP-Fraktion gemeldet.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Sehr geehrter Herr Kempermann, sehr geehrte Frau Oster, vielen Dank für die Studie. Ich möchte mal kurz historisch zurückgehen, woher wir kommen. Die EWG war die Grundlage oder Keimzelle der Europäischen Union, so wie wir sie heute kennen. Man hat bewusst auf wirtschaftliche Zusammenarbeit damals gebaut, weil man nach dem Zweiten Weltkrieg gesagt hat, die Staaten Europas können da am ehesten zusammenfinden.

Ich glaube, das, was Sie erarbeitet haben, zeigt genau das und bestätigt, dass Europa in den letzten Jahrzehnten zusammengewachsen ist. Der Brexit hat im Endeffekt auch gezeigt, dass, wenn man wieder raus will, man mit wirtschaftlichen Nachteilen konfrontiert ist. Das ist das eine, was durch die Studie eindrücklich nachgewiesen wird; das Zweite ist die enge Zusammenarbeit mit Holland und Belgien für uns in Nordrhein Westfalen. Wir sind nicht nur Transitland im Herzen Europas, sondern wir sind auch sehr eng verbunden mit den Niederlanden und Belgien. Dafür ist die Zusammenarbeit, die wir im Rahmen der Beneluxstrategie seit der letzten Legislaturperiode verstärkt verfolgen, sehr wichtig.

Ich glaube, das ist einer der großen Punkte in den nächsten Jahren, an denen wir arbeiten müssen. Es gibt immer wieder politische Bestrebungen, auch in den Niederlanden, möglicherweise auch in Belgien, die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union auf nationale Gedankengänge zurückzuführen, so wie das in England war. Ich glaube, diese Studie, aber auch unsere Erkenntnisse, wie wir mit den Niederlanden und Belgien zusammenarbeiten, zeigt, dass wir eigentlich intensiver und enger zusammenarbeiten müssen, auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Und dafür ganz herzlichen Dank!

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ich danke Ihnen. – Als Nächste hat sich für die CDU-Fraktion die Frau Abgeordnete Plonsker zu Wort gemeldet.

**Romina Plonsker (CDU):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Damen und Herren! Auch wir danken herzlich für die Studie. Es war ja bisher immer so ein Gefühl, was wir hatten. Das hat Werner Pfeil auch gerade dargestellt. Jetzt haben wir de facto Zahlen, die untermauern, wie wichtig Nordrhein Westfalen in Europa ist, aber auch Europa für Nordrhein-Westfalen. Deshalb danke ich unternehmer.nrw sehr herzlich, dass Sie diese Studie in Auftrag gegeben haben. Es ist ja keine Selbstverständlichkeit, dass Sie das tun. Es ist auch mit sehr viel Geld verbunden. Deshalb sind wir Ihnen, ich denke, die meisten in diesem Haus sehr dankbar dafür.

Ich habe tatsächlich noch eine Frage an Sie, Herr Kempermann. Im Moment ist die wirtschaftliche Lage in Deutschland, aber auch in Nordrhein Westfalen im Vergleich zu anderen EU-Staaten eher schlechter, will ich mal so formulieren. Welche Auswirkungen hat denn diese – falls Sie das sagen können – enge Verflechtung mit der Europäischen Union im Vergleich zu unseren internationalen Verflechtungen? Profitieren wir aufgrund dieser Wirtschaftslage von einem Aufschwung in den anderen europäischen

Ländern? Wenn ich das richtig verfolgt habe, gibt es nur ein weiteres europäisches Land, dem es wirtschaftlich etwas schlechter geht, die dann an uns dranhängen. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas ausführen, herzlichen Dank.

**Hanno Kempermann (IW Consult):** Sehr gerne, Frau Plonsker. Ja, das ist genau so. Wenn die Länder um uns herum florieren und wir eng in diese Wirtschaftsbeziehungen eingebunden sind, dann profitieren wir davon. Das ist allerdings – wir haben das Verhältnis 80 % zu 20 %, wir haben 20 % der Wertschöpfung durch die EU – ein untergeordnetes Profitieren. Insofern ist es immer noch wichtig, dass die Rahmenbedingungen in Deutschland weiterhin optimiert werden und dass die Unternehmen in Deutschland ihre Absatzmärkte in der EU, außerhalb der EU und in Deutschland sichern können. Aber das können wir genau so bestätigen. Wenn es der EU gut geht, geht es auch Deutschland gut.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Dann hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frau Abgeordnete Aymaz zu Wort gemeldet.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch ich möchte mich herzlich dafür bedanken, dass Sie, Frau Oster, die Studie in Auftrag gegeben haben, und bei Ihnen, Herr Kempermann, für die konkreten Fakten, die Sie uns geliefert haben. Wir haben bei dem Brexit schon gesehen, welche negativen Auswirkungen ein Austritt aus der EU für den Wohlstand eines Landes, für die Menschen vor allen Dingen auch ganz konkret haben kann.

Das auch auf Nordrhein Westfalen zu übertragen und zu gucken, was das konkret für Nordrhein Westfalen bedeutet, ist wichtig auch vor dem Hintergrund, dass wir nicht nur Verteidigerinnen und Verteidiger der europäischen Idee haben. In den letzten Jahren müssen wir in zunehmendem Maße erleben, dass Europa sowohl von innen als auch von außen angefeindet wird und auch bewusst mit Fake News, falschen Fakten gegen die Europäische Union vorgegangen wird. Ich glaube, dass diese konkreten Fakten in der Debatte – auch wenn sich der eine oder andere absolut nicht um Fakten schert – hilfreich für diejenigen sein werden, die die Debatte faktenorientiert führen wollen.

In dem Kontext interessiert mich vor allen Dingen: Haben Sie auch Ergebnisse dahingehend, inwieweit bereits diese Debatte gegen die Europäische Union negativen Auswirkungen hat? Gibt es dahingehend auch schon Anhaltspunkte oder vielleicht sogar konkrete Ergebnisse, zu welchen negativen Folgen diese Debatte führt?

**Hanno Kempermann (IW Consult):** Da kann ich leider nur mit qualitativen Ergebnissen dienen. Wir machen große Befragungen dazu unter den Unternehmen in Deutschland, wie Euroskeptizismus zum Beispiel wirkt. Die Unternehmen sagen, es wirkt negativ, aber wir haben noch keine Zahlen dazu erhoben. Es ist, glaube ich, relativ schwierig, das zu tun. Nichtsdestoweniger kann man schon sagen, dass es evident ist, dass die Tatsache, wenn Deutschland als Land mit Willkommenskultur wahrgenommen wird, das offene Grenzen und den Handel zwischen Ländern fördert, auch um zu einer effizienten Arbeitsteilung zu kommen, nur gut sein kann.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Für die SPD-Fraktion hat sich die Frau Abgeordnete Blask gemeldet.

**Inge Blask (SPD):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Kempermann, Frau Oster, herzlichen Dank für die Vorstellung der Studie. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Die Zahlen waren sehr beeindruckend, die Sie jetzt vorgestellt haben. Fast 500.000 Arbeitsplätze würden sozusagen auf dem Spiel stehen, wenn es die europäischen Beziehungen in der Form nicht mehr gäbe.

Ich glaube, ganz wichtig ist, dass sichere Arbeitsplätze, ein Wirtschaftswachstum, sichere Grundlagen und Sicherheit für die Menschen in Europa und auch hier in Nordrhein Westfalen dazu beitragen, dass man dem Rechtspopulismus den Boden entziehen kann. Menschen fühlen sich sicher, wenn sie ihr Auskommen haben und von dem Wohlstand profitieren können. Es ist uns wichtig, dass nicht vergessen werden darf, dass die Klimapolitik dazu gehört, dass die Sozialpolitik, die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte dazu gehören. Wenn all das gut zusammentrifft und zusammenkommt, dann kann, denke ich, Europa auch weiterhin stark in in der Welt sein. Vielen Dank für Ihre Studie. Aber mein Kollege hat sich auch noch gemeldet, der eine Frage dazu hat.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Die wir gleich dran nehmen. Vorher hatte sich der Kollege Tritschler für die AfD-Fraktion gemeldet, und der bekommt jetzt auch das Wort.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank auch von meiner Seite für die Vorstellung der Studie. Ich muss jetzt leider ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Dass der Europawahlkampf gerade schon angeklungen ist, das merkt man ja auch an der ganzen Studie. Mir kommt es ein bisschen vor wie ein Strohmännchen-Argument, wenn man die Prämisse setzt, NRW-Exit zu vergleichbaren Konditionen, wie sie das Vereinigte Königreich bekommen hat. Das ist in vielerlei Hinsicht, finde ich, fragwürdig. Das fordert niemand. Ein isolierter NRW-Austritt ohne die restliche Bundesrepublik wäre weder vom Grundgesetz noch von den Verträgen gedeckt und politisch auch abwegig.

Einzig ein Austritt Deutschlands als Ganzes wäre vielleicht denkbar, fordert aktuell auch niemand. Dass danach alle weitermachen würden wie bisher, wie das beim Vereinigten Königreich der Fall war, ist, wenn man die politischen Realitäten sieht, auch ausgeschlossen. Das wäre wahrscheinlich das Ende der EU, wie wir sie aktuell kennen. Das aber wiederum würde nicht bedeuten, dass darauf nichts folgt. Es ist insbesondere abwegig zu glauben, dass man danach keine Art von Freihandel hätte.

Weiterhin blenden Sie natürlich komplett alle negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Europäischen Union aus. Ich will nur ein paar Beispiele nennen: die für die deutsche Industrie zum Teil schädlichen Regulierungen, Beispiele: Verbrennerverbot, Handels- und Zollschranken zu Wachstumsmärkten, etwa in Asien oder Südamerika.

Wenn Sie feststellen, dass ein Großteil des Handels im Moment mit der Europäischen Union abgewickelt wird, dann ist das völlig unbestritten. Aber das bedeutet auf der anderen Seite auch, dass durch die Europäische Union, durch Zölle und Handels-

hemmnisse die Handelsbeziehungen zur restlichen Welt schwieriger gestaltet werden. Auch da gäbe es vielleicht mehr Potenzial, wenn das nicht der Fall wäre.

Was mir auch komplett fehlt, sind Wohlstandsverluste durch Weichwährungs- und Niedrigzinspolitik der letzten Jahre durch die EZB. Sie gehen auch mit keinem Wort auf die Steuerbelastung ein, die durch die Rolle Deutschlands als größter Nettozahler der EU herrührt.

Was Sie in der Studie sehr schön zeigen, sind die Vorzüge des Freihandels, der aber nicht zwingend mit einer Europäischen Union verbunden wäre. Binnenmarkt gab es auch schon vor der Europäischen Union. Und sollte es irgendwann ein anderes Modell geben, würde ich auch jetzt davon ausgehen, dass wir mit den Niederlanden weiterhin Freihandel haben.

Das waren jetzt die offensichtlichsten Punkte, die mir beim Durchgehen der Studie aufgefallen sind. Ich glaube nicht, dass damit ein großer Erkenntnisgewinn einhergeht. Das war, glaube ich, auch gar nicht so gewünscht, klang zumindest nicht so.

Ich glaube, man tut dem EU-Projekt keinen Gefallen, wenn man es so undifferenziert darstellt und nicht auch die Schwächen analysiert. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Stefan Engsfeld:** Vielen Dank. – Sie können reagieren, müssen aber nicht. Das obliegt Ihnen.

(Geschäftsführer Hanno Kempermann (IW Consult): Da war keine Frage dabei.)

Für die SPD-Fraktion hat Kollege Yüksel eine Frage.

**Serdar Yüksel (SPD):** Ich kann nur sagen: Vielen Dank für die differenzierte Betrachtung, die Sie hier vorgenommen haben.

Ich habe das anders wahrgenommen als mein Vorredner. Insoweit sind das genau dieselben Narrative, die wir beim Brexit auch erlebt haben. Und wir hören, Herr Tritschler, sehr aufmerksam zu, was in Ihren Konferenzen gesagt und auch gesprochen wird. Da können Sie sich heute auch noch so von distanzieren oder es nicht wahrnehmen. Aber was Ihre Spitzenkandidaten auf der Europakonferenz der AfD von sich gegeben haben, insbesondere Herr Höcke, der sehr wohl von einem Dexit gesprochen hat, bringt uns doch zu der Annahme, dass Sie eine andere Agenda verfolgen, als Sie in den Ausschüssen manchmal von sich geben.

Nach den Vorbemerkungen hätte ich eine Frage zur Studie. In der Studie zeigen Sie, dass 1/4 der nordrhein-westfälischen Direktinvestitionen nach Luxemburg gehen, im Jahr 21 war das so. Was mich gewundert hat: Umgekehrt stammen mehr als die Hälfte, also 55,8 % der Direktinvestitionen aus der EU in NRW aus Luxemburg. Ich habe mir jetzt die NRW.Global Business Studie dazu auch mal angeschaut. Die hat eine andere Rangfolge. Vielleicht können Sie das einmal erklären.

Und als Bochumer Abgeordneter würde mich interessieren, warum wir mit 15,8 % Wertschöpfung da Schlusslicht sind, ob Sie da weitergehende Erkenntnisse zu haben.

**Hanno Kempermann (IW Consult):** Zu Bochum vielleicht erst mal: Wir können Ihnen diese Zahlen ganz spezifisch zur Verfügung stellen. Sie müssen mir nur eine Mail dazu schreiben. Grundsätzlich ist es so, dass Bochum, was die wirtschaftlichen Dienstleistungen anbetrifft, nicht die Prägung hat wie die anderen Städte und vor allen Dingen die Regionen. Sie haben gesehen, das hatte ich extra gezeigt, dass vor allen Dingen Südwestfalen, also die industriegeprägten Regionen, von dem NRW-Handel profitieren und dann auch die Großstädte, die sehr stark wirtschaftsnahe Dienstleistungen haben. Die profitieren davon mit, quasi im Rucksack. Und das ist in Bochum nicht so ausgeprägt der Fall.

Zum ersten Teil: Es ist ein Stück weit der Statistik geschuldet, dass Luxemburg so weit vorne auftaucht. Das liegt einfach an den Finanzverflechtungen. Man hat ganz viele Unternehmen, die in Luxemburg aus Steueroptimierungsgründen Unternehmensteile haben, und über diese Teile werden dann die Direktinvestitionen abgerechnet. Das ist also mehr ein Artefakt. Die letztendlichen Direktinvestitionen finden dann woanders statt. Aber das kann man in den Statistiken so nicht herauslösen, wo das dann ist, weil man dann in die konkreten Firmenverflechtungen hinein musst.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Gut, vielen Dank. – Mit Blick auf die Uhr würde ich jetzt abschließend dem Herrn Minister Liminski das Wort geben. Die Landesregierung hat sich auch zu Wort gemeldet. Dann, würde ich sagen, machen wir weiter in der Tagesordnung. Für alle in Ordnung? – Kein Widerspruch. Dann machen wir das so. – Herr Minister, Sie haben das Wort, bitte schön.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM):** Danke schön, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich will mich auch bedanken für die Studie, und es einmal so zusammenfassen: Für diejenigen, die über einen Dexit fabulieren – die Debatte ist ja nicht aus der Luft gegriffen, die gibt es ja –, gibt es nun einen Evidenz-Hinweis aus der Vergangenheit, den Brexit. Da kann man besichtigen, was passiert, wenn man das macht. Es gibt jetzt mit der Studie auch einen Ausblick für das, was sozusagen mindestens an Fragestellungen und Dimensionen kam.

Ich glaube, dass die Studie zu keinem Zeitpunkt, auch in der Kommunikation nicht, den Anspruch erhoben hat, auf den Euro genau die Dinge zu bemessen. Es ist schon klar geworden, mit welchen Fragestellungen und welchen Dimensionen von Problemen man sich auseinandersetzen muss. Und dafür ist es sehr wertvoll. Es ist so, dass wir hier in Nordrhein Westfalen zum einen stolz sind auf unsere Weltoffenheit, aber zum anderen auch auf unsere wirtschaftliche Stärke. Und beides hängt miteinander zusammen. Für die Diskussionen darüber jetzt auch wissenschaftlich fundierte Zahlen zu haben, Zahlen, Daten und Fakten durch die verschiedenen Parameter hindurch – ob es jetzt Arbeitsplätze, Wertschöpfung oder der Handel ist –, das ist hilfreich.

Deswegen finde ich es gut, dass Sie das machen. Wenn ich damit schließen darf: Dass das Ganze nicht vom Ausschuss in Auftrag gegeben worden ist, nicht von der Landesregierung, sondern von einem Wirtschaftsverband, zeigt mir, dass wir an dieser Stelle auch auf eine breite gesellschaftliche Allianz setzen können. Aber dafür müssen auch die einzelnen gesellschaftlichen Akteure ihrer Verantwortung in dieser Debatte gerecht

werden. Und das tut unternehmer.nrw damit, dass Sie mit dieser Studie diese Debatte bereichern. Und dafür herzlichen Dank!

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Herr Minister. – Vielen Dank, Frau Oster, Herr Kempermann, dass Sie heute da waren. Sie können natürlich gerne der Sitzung weiter folgen. Sollten Sie andere Termine haben, dann haben wir da vollstes Verständnis für.

## 2 Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der „Academy of International Affairs NRW“ (Präsentation s. Anlage 2)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Sehr geehrte Frau Dr. Zein Al Din, Frau Dr. Freistein, Herr Masseling und Herr Dr. Becker! Ich heiÙe Sie ganz herzlich hier im Ausschuss willkommen. Wir freuen uns sehr, dass Sie dem Ausschuss Ihre Arbeit und Ihr Wirken in Nordrhein-Westfalen heute einmal präsentieren können. Sie haben auch eine Präsentation (vgl. **Anlage 2** zu diesem Protokoll) mitgebracht, wenn ich richtig informiert bin. Und die wird bestimmt gleich aufgespielt von der Technik.

Dann lauschen wir erstmal Ihren Ausführungen, dann gehen wir in die Debatte. Ich bin sicher, dass es Rückmeldungen geben wird von Seiten der Ausschussmitglieder. Jetzt warten wir nur noch, dass die Technik an den Start kommt.

**Direktorin Dr. Maysoun Zein Al Din (Academy of International Affairs NRW):** Verehrter Herr Minister! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Vielen Dank zunächst einmal für die Einladung, heute zu Ihnen zu sprechen und Ihnen die Arbeit der Akademie für Internationale Politik des Landes Nordrhein Westfalen vorzustellen. Ganz besonders möchte ich mich bei Ihnen, Herr Vorsitzender, bedanken, dass Sie dieses Treffen heute möglich gemacht haben. Wir sprachen darüber bei einer hitzigen Diskussion mit dem damaligen Außenminister von Luxemburg. Jetzt habe ich gerade gehört, wie wichtig Luxemburg für NRW und NRW für Luxemburg anhand der beeindruckenden Investitionszahlen zwischen den beiden Regionen bzw. Land und Region ist.

Die Akademie für Internationale Politik ist eine junge Einrichtung des Landes. Vor dreieinhalb Jahren wurde sie im Beisein des Staatspräsidenten von Ghana – Ghana ist unser Partnerland – und im Beisein des Außenministers von Luxemburg eröffnet – nicht nur, weil wir starke Wirtschaftsbeziehungen haben, sondern weil er damals der am längsten amtierende Außenminister Europas war. Zugewen waren selbstverständlich auch unser Ministerpräsident und zahlreiche hochrangige Vertreterinnen und Vertreter des Wissenschaftssystems Nordrhein Westfalen.

Heute begleiten mich der Verwaltungsleiter der Akademie, Stefan Masseling, der Leiter Wissenschaftliches Programm, Dr. Manuel Becker, und die hauptverantwortliche Person in der Akademie für unser Fellowship-Programm, Frau Dr. Katja Freistein. Der satzungsgemäÙe Zweck der Akademie ist die Förderung wissenschaftlicher Exzellenz im Bereich der internationalen Politik. Für die Umsetzung dieses Zweckes haben wir ein Fellowship-Programm, das im Zentrum der Aktivitäten der Akademie steht.

Das heißt, die Akademie lädt ausgezeichnete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt ein, nach Bonn zu kommen und losgelöst von ihren Lehrverpflichtungen an einem Forschungsprojekt zu arbeiten. Wie das genau erfolgt, das können wir gerne später erläutern, falls Sie Interesse daran haben.

Ich habe mir zu Beginn meiner Tätigkeit als geschäftsführende Direktorin der Akademie die Frage gestellt: Wie können wir die bereits bestehende exzellente Landschaft an Institutionen, die sich mit Themen der internationalen Politik befassen, sinnvoll ergänzen?

Diese gibt es ja. Wie können wir einen Mehrwert für deutsche und internationale Institutes for Advanced Study sein? Und vor allem: Wie können wir mit Top-Einrichtungen in London, Paris, Rom oder Washington konkurrieren? Die Frage war: Warum sollte eine Koryphäe im Bereich meinerseits Künstlicher Intelligenz und Sicherheit zu uns kommen und nicht zum Institut d'études avancées in Paris oder zum GIGA nach Hamburg?

Entlang dieser Fragen haben wir die strategische Ausrichtung der Akademie vorgenommen. Wir haben uns beim Aufbau der Akademie also gefragt, mit welchen Aspekten wir die bestehende Arbeit erweitern, ergänzen und inspirieren können. Wo bedarf es vielleicht eines Perspektivwechsels? Zwei Aspekte möchte ich heute besonders hervorheben, einmal Interdisziplinarität in der Wissenschaft und zum Zweiten der intersektorale Diskurs. Ich möchte das gerne anhand eines Beispiels erläutern.

Als erstes Schwerpunktthema für die Akademie hatten wir das Thema „Künstliche Intelligenz und internationale Politik“ gewählt. Um Fragen in Zusammenhang mit dieser Thematik zu beantworten, benötigen wir nicht nur die klassischen International Relations Studies. Es müssen beispielsweise komplizierte juristische Fragen geklärt werden: Wie kann Künstliche Intelligenz reguliert werden? Dafür hatten wir einen Fellow, eine Professorin aus Paris, die auf europäisches und internationales Recht spezialisiert ist. Oder die Frage nach dem Einfluss der Künstlichen Intelligenz auf die internationale Menschenrechtsgesetzgebung. Dafür hatten wir einen Philosophieprofessor aus Litauen. Oder Fragen der Bewaffnung von Staaten im digitalen Zeitalter, Unternehmen und Regierungen und Künstliche Intelligenz. Dafür hatten wir einen Fellow, der ein Soziologe ist.

In Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz, das wissen wir alle, müssen auch dringend ethische Fragen geklärt werden. Dafür hatten wir eine Professorin im Bereich Ethik und Philosophie aus Kanada. Hinzu kommt, dass wir Fellows nicht nur aus der Wissenschaft haben, sondern auch Praktiker. Wir nennen sie Practitioner's Track. Das können Diplomaten sein, das können Journalisten, hochrangige Angehörige von Ministerien oder auch von internationalen Organisationen sein. Ich erlaube mir auch hier ein Beispiel zu nennen, damit Sie unsere doch sehr theoretische Arbeit etwas plastischer mitbekommen.

Wir hatten eine Fellow Gruppe gehabt, die zum Thema „Afghanistan – multinationale Operationen zu Evakuierungen von Nichtkombattanten“ gearbeitet hat. Diese Gruppe hat eine kritische Fallstudie zur Rolle der NATO bei Evakuierungen am Fall von Afghanistan durchgeführt. Das war eine Gruppe, die sich einerseits aus Praktikern, andererseits aus Wissenschaftlern zusammensetzte. Eine australische Professorin, ein kanadischer Professor und ein hochrangiger NATO-Offizier kamen zusammen in die Akademie. Dieser Offizier war Leiter des Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre der NATO-Zentrale in Brüssel.

Diese drei Personen, Wissenschaftler, Praktiker, haben ein Buch verfasst „Lessons Learned“, das von unschätzbarem Wert ist, wenn wir uns in Zukunft mit diesem Thema befassen müssen. Gemeinsam mit ihnen hatten wir auch eine unserer Veranstaltungen im Bundestag, auf der sowohl die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer als auch der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zu Afghanistan sowie der Vorsitzende der Enquetekommission zu Afghanistan gesprochen haben. Das war eine Betrachtung von zwei exzellenten Wissenschaftlern und dem Mann, der hauptverantwortlich für die Evakuierung der Nato-Angehörigen aus Afghanistan war.

Er war wirklich der letzte Mann, der in den Flieger in Kabul gestiegen ist und aus diesem Land ausgeflogen ist.

Diese Gruppe hat im Bundestag mit Bundestagsabgeordneten und mit anderen einschlägigen Akteuren und Vertretern des Wissenschaftssystems in Berlin gesprochen. Sie waren auch zu einem Austausch im Landtag, übrigens auch auf Einladung des Herrn Vorsitzenden Engstfeld. In Bonn kamen sie zusammen mit wichtigen Playern. Dazu hatten wir den ehemaligen Afghanischen Außenminister eingeladen so wie auch den letzten NATO-Botschafter in Afghanistan, also auch in Bonn ins Gespräch mit den Bonner Akteuren.

Dieser interdisziplinäre und auch intersektorale Diskurs hebt uns in gewisser Weise von anderen ausgezeichneten Institutionen hier im Land und auch international ab. Raum zu schaffen für Expertinnen und Experten, die sich sonst nicht automatisch begegnen würden: Das leistet die Akademie, und das macht sie zu einem lebendigen Debattenort, der sich durch Multiperspektivität und durch die Überwindung der doch sehr starren Grenzen von Fachdisziplinen auszeichnet.

Von Beginn an war es uns wichtig, auch mit innovativen Themen zu arbeiten. Wir haben uns Gedanken gemacht: Über welche Themen wollen wir uns profilieren? Wo braucht das Land vielleicht mehr Expertise? Für das erste Jahr habe ich das Thema „Künstliche Intelligenz und internationale Politik“ als Schwerpunkt gesetzt. Das zweite Jahr war der Themenschwerpunkt auf „Geopolitics of Disinformation“. Das hatte auch ein bisschen mit dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu tun. Dieses Jahr haben wir das Thema „Weltraumforschung“ und der Call für die nächste Fellow-Kohorte, den wir diese Woche veröffentlicht haben, ist zum Thema „Translocalism and Subnational Diplomacy“. Damit wollen wir einen Mehrwert, insbesondere für die außenpolitischen und außenwirtschaftspolitischen Aktivitäten des Landes und der Kommunen unterhalb der nationalen Ebene, schaffen.

Wenn wir einen Themenschwerpunkt setzen, heißt das: Wir laden Wissenschaftler ein, zu diesem Themenschwerpunkt eine Zeit lang bei uns, losgelöst von ihren Lehrverpflichtungen, zu forschen. Das betten wir ein in ein Jahresprogramm, das heißt, wir organisieren eine Summer Academy dazu. Diese Summer Academies sind für uns extrem wertvoll. Hier kommen junge Diplomaten aus der ganzen Welt mit jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen und debattieren eine Woche zu genau diesem Schwerpunktthema, das wir gesetzt haben. Wir laden natürlich alle relevanten Akteure und Institutionen im Land ein, daran teilzunehmen.

Die Akademie wird in dieser Zeit zu einem hochkonzentrierten Wissensraum für diese Thematik. Experten tauschen sich auf international sehr hohem Level aus. Dieses Wissen wird für die Multiplikatoren in unserem Land zugänglich gemacht.

Wir organisieren auch, über das ganze Jahr verteilt, Veranstaltungen zu diesem Komplex. Als Beispiel: Wir haben kürzlich eine Podiumsdiskussion zum Thema „Subnational Diplomacy“ gehabt mit der amerikanischen Generalkonsulin, Vertretern der Städte Düsseldorf, Köln, Essen, Dortmund und Duisburg. Dazu kamen selbstverständlich auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die genau zu diesem Fachbereich forschen. Wir setzen „Subnational Diplomacy“ als Themenschwerpunkt und machen auch entsprechende hochkarätige Veranstaltungen dazu.

Es ist aber nicht so, dass wir nur zu den Themen arbeiten, die zu unserem Themenschwerpunkt passen. Wir arbeiten selbstverständlich auch zu aktuellen, tagespolitisch relevanten Themen der internationalen Politik. Im Januar hatten wir gemeinsam mit anderen Bonner Institutionen eine Veranstaltung zum Nahostkonflikt mit dem israelischen Botschafter und anderen hochrangigen Persönlichkeiten. Nächste Woche Mittwoch veranstalten wir in Köln einen Abend mit Navid Kermani zu den Entwicklungen im Mittleren Osten. Sie sind selbstverständlich herzlich eingeladen.

Wir waren übrigens die erste wissenschaftliche Einrichtung deutschlandweit, also nicht nur in Nordrhein Westfalen, sondern in der gesamten Bundesrepublik, die eine hochkarätige wissenschaftliche Veranstaltung zum Krieg in der Ukraine, in der Akademie in Bonn hatten. Ich erinnere mich, ich war auf der Münchener Sicherheitskonferenz. Die Stimmung war ganz klar Es wird jetzt was passieren. Wir kommunizierten: Wir müssen jetzt schnell etwas Interessantes zu diesem Konflikt anbieten. So hatten wir tatsächlich unmittelbar nach Ausbruch des Krieges die erste interessante Debatte zu diesem Thema in der Akademie.

Ein weiterer Aspekt, der im Mittelpunkt unserer strategischen Entscheidungen für die Akademie steht, ist die Stärkung des internationalen Standortes Bonn. Der Bezug zu Nordrhein-Westfalen und der spezifische Mehrwert für die Wissenschaftslandschaft in Nordrhein-Westfalen mit Bonn als internationalem Standort sind zentrale Grundanliegen der Akademie von Beginn an, die in vielen unserer Aktivitäten auch einen spezifischen Niederschlag finden. Der Kontakt mit den verschiedenen in Nordrhein-Westfalen ansässigen Wissenschaftsinstitutionen und Akteuren aus Politik und auch aus der Diplomatie wird kontinuierlich ausgebaut.

Wir arbeiten mit vielen Institutionen zusammen und versuchen, möglichst Synergieeffekte für das Land und die hier ansässigen Institutionen und Akteure auch zu schaffen. Wir versuchen, auch im Gespräch mit Ihnen hier im Landtag, verehrte Abgeordnete, zu bleiben. Wir wurden auf Veranstaltungen im Landtag empfangen, aber wir haben auch gelegentlich Besuch von Ihnen, von anderen Kolleginnen und Kollegen von Ihnen in der Akademie, was uns natürlich immer außerordentlich freut.

Zwei Aspekte durchdringen unsere gesamte Arbeit: Das ist erstens die Exzellenz, das heißt höchste wissenschaftliche und intellektuelle Qualitätsstandards. Zweitens die Übersetzung der an der Akademie geleisteten Forschung für Politik und Gesellschaft. Das heißt, wir wollen Wissenschaft auf höchstem Level machen. Deswegen vergeben wir auch Stipendien an exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der Welt. Aber wir wollen nicht die Wissenschaft im Elfenbeinturm haben, sondern wir möchten, dass wir und dass das Land davon profitieren. Das machen wir zum einen, indem wir immer wieder die Personenkreise zusammenbringen, die voneinander profitieren.

Dazu möchte ich gerne ein Beispiel geben. Vor gut einem Jahr war die Direktorin der Cybersecurity-Abteilung des Weißen Hauses in Deutschland. Sie war in Berlin. Sie hatte da an einer Konferenz teilgenommen und traf die Außenministerin. Unsere Kontakte in der US-Botschaft haben uns gesagt: Frau Kemba Walden ist hier. Wollen wir was in der Akademie machen? Das haben wir natürlich umgehend möglich gemacht und haben die entsprechenden Multiplikatoren und auch einschlägigen Akteure, die damit in Zusammenhang stehen, aus dem ganzen Land bei uns in der Akademie gehabt. Dieses

Gespräch werden wir fortsetzen. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir dieses Gespräch alle zwei Jahre fortsetzen. Frau Walden ist nicht mehr da, aber ihr Nachfolger wird dann zu uns kommen.

Wie gesagt, keine Wissenschaft im Elfenbeinturm. Wir wollen das Wissen von Wissenschaftlern und von Praktikern aus der Welt in Bonn, was bei uns generiert wird, auch nach außen zugänglich machen. Ein weiteres Instrument dazu sind unsere Veröffentlichungen. Die Publikationsstrategie der Akademie beruht auf drei Säulen. Wir haben bereits das Magazin etabliert. Das hatten wir Ihnen geschickt. Haben Sie es auch bekommen? Haben Sie das Magazin der Akademie gesehen? Ich glaube, wir haben ein paar Exemplare dabei. Vielleicht können wir die auslegen. Vielleicht möchten Sie dann nachher auch eines mitnehmen.

Wir haben einmal das Magazin, mit dem wir regelmäßig die breite Öffentlichkeit und auch unsere Stakeholder über die Forschungs- und auch Veranstaltungsaktivitäten informieren. Als zweite Säule erscheinen die ersten Ausgaben unserer Discussion-Papers, in denen unsere Fellows ihre Forschungsergebnisse für die Wissenschaftscommunity aufbereiten. Und als drittes Element befindet sich gerade ein erster Sammelband zum Thema „Outer Space Affairs“ in Planung. Er wird bei einem renommierten angelsächsischen Verlag erscheinen.

Die Ergebnisse unserer Arbeit stehen allen Akteuren auf den verschiedenen Ebenen im Land zur Verfügung. Auf diese Weise trägt die Akademie dazu bei, Nordrhein Westfalen in seinem europäischen und auch internationalem Engagement zu entwickeln und zu stärken. Eine Einrichtung wie die Akademie passt zu einem wirtschaftsstarken und auch einflussreichen Bundesland wie Nordrhein Westfalen. Ihr Fellowship-Programm hat die Besonderheit, dass sich neben Wissenschaftlern auch Praktiker darauf bewerben können, sodass hier Brücken zwischen Theorie und Praxis gebaut werden können, mithin zwischen zwei Sphären, die in Deutschland nach wie vor eher stark getrennt voneinander gehandhabt werden.

Seit ihrer Eröffnung diskutieren in der Akademie in Bonn Experten aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen mit Vertretern, Vertreterinnen der Außenpolitik und der Diplomatie zu drängenden Themen der internationalen Politik. Es ist uns gelungen, innerhalb weniger Jahre in Nordrhein-Westfalen einen Raum zu schaffen für ernsthaften Austausch, für Verständnis von Notwendigkeiten und Inspiration für Handlungsmaximen. Ein Debattenort ist entstanden, der sich durch Multiperspektivität und durch die Überwindung der Grenzen von Fachdisziplinen auszeichnet.

Die Akademie ist in diesen dreieinhalb Jahren zu einem lebendigen Diskursort geworden, ein Impulsgeber für drängende Fragen, die nur in einer globalen Perspektive beantwortet werden können. Das wissen Sie natürlich besser als alle anderen. Das ist ein Ort, der Menschen zusammenbringt, die vielleicht auch sonst nicht zusammenkommen würden.

Gestatten Sie mir bitte abschließend ein paar Worte zu meiner Person. Ich wurde im Libanon geboren. Meine Familie und ich wurden während des Bürgerkrieges gezwungen, das Land zu verlassen. Ich kam im Krieg auf die Welt, 1979, dem Geburtsjahr der Islamischen Revolution im Iran. Drei Jahre später invadierte Israel den Libanon. Kurz darauf ist das syrische Militär in das kleine Land einmarschiert auf Einladung christlicher

ultrarechter Parteien, die mit dem syrischen Militär die PLO im Libanon unter Kontrolle kriegen wollten. Die Palästinensische Befreiungsorganisation schaltete und waltete aus libanesischem Territorium heraus, nachdem König Hussein von Jordanien sie aus Jordanien blutig vertrieben hatte.

In diesem, einem der blutigsten Kriege des letzten Jahrhunderts bin ich geboren und aufgewachsen. Auf Themen der internationalen Politik blicke ich also nicht nur aus wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse, sondern immer mit der kritischen Annahme, dass mehr hinter den Zusammenhängen steckt, als der erste Eindruck zulässt, immer mit der Frage nach den Zusammenhängen: Wie hängen die Dinge miteinander zusammen? Wie wirken sie sich auf uns aus? Und vor allem: Welche Rolle spielen wir in diesen Konflikten?

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend sagen, dass in Deutschland kaum ein Ort so geeignet gewesen wäre wie Bonn. Kein Ort in Deutschland hat so lange für Diplomatie und Freundschaft zwischen Staaten gestanden wie Bonn. Auch der Zeitpunkt der Gründung der Akademie stellt sich im Nachhinein als perfekt heraus. Ich erinnere mich sehr gut: Als ich von der Gründung der Akademie gelesen habe, schlug mein Herz höher, eine Akademie für internationale Politik in Nordrhein-Westfalen. Ich konnte da nicht ahnen, dass kurze Zeit später ein Krieg mitten im Herzen Europas ausbrechen würde, der bis zum jetzigen Zeitpunkt anhält, dass die Situation im Nahen Osten so dramatisch eskaliert und sich verschlechtert, dass ein schwelender Weltordnungskonflikt zwischen China und den USA sich noch immer täglich auf uns hier auswirken würde.

Insofern ist die Bedeutung einer solchen Institution in Nordrhein Westfalen von unschätzbarem Wert. Das erlebe ich immer wieder in den Gesprächen mit dem Konsularischen Corps, der regelmäßiger Gast bei uns in der Akademie ist – von Beginn an. Wann immer ich übrigens auf Kolleginnen und Kollegen von Ihnen aus Bayern treffe – das passiert ab und zu vor allem in Berlin –, konstatieren sie, dass sie so etwas in Bayern auch unbedingt brauchen – nur, dass Sie Bescheid wissen. Wenn es einmal in Bayern eine Akademie für internationale Politik gibt, ist es nur eine Nachahmung Ihrer und unserer guten Arbeit hier.

Das war ein sehr kleiner Teil unserer Arbeit. Diese tolle Arbeit der Akademie ist nur mit einem kleinen, aber ganz großartigen Team möglich. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stehe Ihnen mit meinen beiden Kollegen und meiner Kollegin für Fragen zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Frau Dr. Zein Al Din, für den interessanten Einblick in Ihre Arbeit. Entschuldigung für die technischen Probleme am Anfang. Das tut uns sehr leid. Aber manchmal ist das so.

Es gibt Wortmeldungen vonseiten der Ausschussmitglieder. Als Erster hat sich für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Yüksel gemeldet, bitte schön.

**Serdar Yüksel (SPD):** Frau Dr. Zein Al Din, ganz herzlichen Dank Ihnen und Ihren Kollegen für den Bericht. Gerade in einer Zeit, in der die internationalen Verwerfungen zunehmen, ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass wir in Nordrhein Westfalen, was inter-

ationale Politik anbelangt, anders denken, so wie Sie das auf Ihrer Homepage auch schreiben, und uns mit Forscherinnen und Forschern, die weltweit unterwegs sind, vernetzen und deren und unsere Erkenntnisse miteinander austauschen.

Ich habe ein paar Fragen, die sich an Sie richten, die aber auch von der Landesregierung beantwortet werden können. Wir haben seit der Gründung der Akademie, seit fast vier Jahren Selbstbewirtschaftungsmittel in Höhe von 4,3 Millionen Euro eingeplant. Diese Mittel sind an den Zuwendungsempfänger ausgezahlt worden und sind dann rückübertragen worden. Die Frage haben wir schon am 8. Dezember im Ausschuss miteinander diskutiert, was die überschüssigen Gelder anbelangt, die nicht verausgabt worden sind. Da hieß es damals: Da war die Pandemie der Grund gewesen. Uns würde interessieren: Wie war die Bewerberlage jetzt fortgesetzt in 23 und 24?

Wenn Sie uns wegen dem Sachverhalt der Rückübertragung der Gelder aus Ihrer Sicht noch mal ausführen könnten, was alternativ unternommen worden ist, um die Leistungsumfang der Akademie während der Pandemie aufrechtzuerhalten. Da gab es ja ganz unterschiedliche Formate, die genutzt worden sind. Wenn das nicht ging, was wurde alternativ in dem Bereich noch mal gemacht?

Die Wichtigkeit wird insbesondere von Schwarz-Grün im Koalitionsvertrag unterstrichen, was die Akademie anbelangt. Uns würde auch noch mal interessieren: Was sind denn die Kriterien bei der Auswahl der Fellows? Also wie viele Bewerbungen erhalten Sie in der Regel in der Akademie, wenn Sie diese Aufrufe starten? Und welche erstklassigen Fellows wurden denn bisher rekrutiert?

Mich würden weiter die Publikationsformate bei internationalen Debatten interessieren. Ich habe da jedenfalls auf der Internetseite erstmal nichts gefunden, wo ich diese Publikationsformate abrufen konnte. Wenn Sie dazu auch noch mal was sagen würden.

Dann nach Ihren Ausführungen zur Subnational Diplomacy: Welche Rolle spielt denn bei den Ausschreibungen, der Auswahl der NRW-Bezug? Wie achten Sie darauf, dass der NRW-Bezug da ist? Gibt es da zum Beispiel eine breite Diskussion mit unterschiedlichen wissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Stakeholdern? Welche Forschungsfragen sind bei 70 Hochschulen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, in NRW besonders relevant? Wie beziehen Sie das miteinander ein? Und wie spiegeln die sich entsprechend in den Ausschreibungen dann auch wider? Das wären zunächst einmal die Fragen, die ich hätte. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Ganz herzlichen Dank! Vom Verfahren her würde ich vorschlagen, dass wir das bilateral jetzt erst mal klären, bevor wir sammeln. Das waren jetzt eine Menge Fragen zum Haushalt. Zu der Haushaltsfrage würde gern der Minister zuerst etwas sagen. Danach überlasse ich Ihnen die restlichen Fragen. Dann hätte zuerst der Herr Minister das Wort.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM):** Danke, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren Abgeordneten! Lieber Herr Yüksel, was den Haushalt angeht, so hatten Sie jetzt die Selbstbewirtschaftungsmittel als überschüssige Mittel bezeichnet. So sind Sie ja nicht eingeplant gewesen, sondern es ging darum, überjährig planen zu können.

Das war die Idee dahinter. Es ist in der Tat so, dass natürlich wichtig ist, ob Planungen realisiert werden müssen oder nicht. Sie hatten Corona genannt, aber natürlich sind es auch andere Bedarfe, die man erst im weiteren Verlauf eruieren kann.

Insofern ist es zutreffend dargestellt von Ihnen, dass Teile davon wieder rücküberwiesen worden sind. Da will ich hier im Ausschuss das wiederholen, was ich bei der Einbringung des letzten Haushalts schon gesagt habe: Wenn wir uns in finanzpolitisch so herausfordernden Zeiten befinden, dann müssen alle Teile im Aufgabenportfolio ihren Anteil zur Konsolidierung beitragen. Das hat in diesem Teil, in diesem Punkt auch die Akademie betroffen. Aber ich bin sicher, Sie würden bei jedem anderen Thema unseres Portfolios in gleicher Weise sagen, dass es da nicht stattfinden soll.

Nur irgendwo muss man dann die Dinge zusammenbringen. Insofern ist das so. Wichtig ist uns – ich glaube, das haben wir gerade auch dokumentiert bekommen –, dass die Akademie ihre ursprünglich beauftragte Aufgabe wahrnehmen kann und entsprechend wirksam sein kann. Und das tut sie auch unter diesen Bedingungen. Darüber sind wir sehr froh und dafür sehr dankbar. Alle weiteren Fragen, glaube ich, zum Programm und zur Arbeit der Akademie kann besser die Geschäftsführung beantworten.

**Direktorin Dr. Mayssoun Zein Al Din (Academy of International Affairs NRW):**

Vielen Dank, Herr Minister. Vielen Dank, Herr Yüksel, ich darf trotzdem noch eine ganz kleine Anmerkung machen, damit Sie und auch die Kolleginnen und Kollegen sich das etwas besser vorstellen können. Ich erinnere mich: Die Eröffnung, von der ich gerade sprach, war im August, und wir haben uns Gedanken gemacht: Wie machen wir das hier unter Berücksichtigung der ganzen Coronaverordnungen usw.? Wir haben es gemacht. Am Ende haben wir uns nicht mal getraut, die tollen Bilder, die entstanden sind, der Welt zu präsentieren, um nicht zu riskieren, dass jemand kritisiert, dass hier irgendetwas nicht eingehalten worden wäre.

Ich will damit sagen: Das war wirklich die Hochzeit der Pandemie. Jetzt müssen Sie sich vorstellen: Wenn wir jetzt einen Wissenschaftler aus Australien einladen, der wäre mit seiner Familie, mit seiner Frau und seinen zwei Kindern – manchmal bringen sie ihren Hund mit – in einer Zeit, in der es ganz ungewiss war, in der man nicht mal in den Zug eingestiegen wäre, nicht für ein Jahr nach Europa gekommen. Die Pandemie hat sich schwerwiegend auf uns während des ersten Jahres ausgewirkt. Aber – das muss ich auch noch einschränkend sagen –, auch wenn es diese Pandemie nicht gegeben hätte, diese Akademie musste ja aufgebaut werden. Das heißt, es gab einen ministeriellen Beschluss, es gab eine notarielle Gründung, die erfolgte im August 2000. Ich wurde im November 2000 eingestellt. Da hatten wir noch nicht mal ein Haus. Die Anmietung der Immobilie erfolgte im Januar 2021. Dann wurde die Immobilie erst mal renoviert. Erst im April kam unser Verwaltungsleiter dazu als erster Mitarbeiter in das Team. Dann haben wir erst mal angefangen, dieses Haus auszustatten, Stühle, Tische.

Sie wissen sicherlich, wie kompliziert die Vergabeverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen ist. Das heißt, es ist nicht so, dass ich mir gedacht habe, Herr Masseling, schauen Sie, da gibt es ein Angebot, wir gehen mal die Tische kaufen, sondern da gab es Ausschreibungen, die wir tätigen mussten. Da gab es Fristen, die wir berücksichtigen mussten. Und das hat eine gewisse Zeit gedauert.

Sie fragten auch nach der Auswahl der Fellows. Die Auswahl der Fellows treffen unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das ist ein Gremium, das ist der Wissenschaftliche Beirat der Akademie. Der musste natürlich konstituiert werden. Die Wahl nehmen nicht wir vor. Die Konstituierung eines hochrangigen internationalen wissenschaftlichen Beirats hat auch lange gedauert. Bis der da ist, machen wir eine Ausschreibung. Und diese Wissenschaftler, die wir zu uns einladen, die sind beruflich eingebunden. Das heißt, sie müssen mit ihrer Universität sprechen. Sie müssen sagen: Nächstes oder übernächstes Semester möchten wir nach Bonn gehen. Das ist ein Prozess, der eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt.

Aber da hatte ich das Gefühl, wie wahrscheinlich Sie auch; das dauerte mir zu lange. So habe ich gedacht: Gut, das Land kann ja in Ruhe den Wissenschaftlichen Beirat konstituieren. Ich suche nach einer Alternative. Ich habe mich an die Alexander von Humboldt-Stiftung gewandt. Das ist eine Stiftung, die mit erstklassigen internationalen Wissenschaftlern arbeitet, und habe sie quasi um Amtshilfe gebeten. Die waren so freundlich, dass sie uns einen Beirat sozusagen empfohlen haben. Sie haben uns eine Liste geschickt an Gutachterinnen, Gutachtern, mit denen sie zusammenarbeiten. Die haben dann den ersten Interimsbeirat, unabhängig vom Land – das habe ich natürlich kommuniziert, aber auf meine eigene Kappe genommen –, gegründet. Sie haben eine erste Vorauswahl vorgenommen, sodass wir sehr früh im Prinzip unsere ersten Fellows hatten. Aber trotzdem ist das ein Prozess. Es hat eine gewisse Zeit gedauert. Deswegen war es nicht möglich, die Gelder insgesamt in ihrer gänzlichen Summe zu verausgaben.

Kriterien der Auswahl der Fellows: Da ist die wissenschaftliche Qualität der Arbeit absolut entscheidend. Da habe ich auch nicht die Befugnis, dem Wissenschaftlichen Beirat da reinzureden. Das heißt, es werden Bewerbungen eingereicht. Wir sondieren natürlich vor. Wir kriegen auch viele Bewerbungen, die an formalen Kriterien scheitern, die von ihren Fragestellungen her doch extrem weit entfernt sind von dem, was wir machen.

Aber – ich bin ja immer dabei bei den Auswahl Sitzungen – was ich mache, ist, dass ich immer sage: Für uns ist es wichtig, eine Relevanz für das Land Nordrhein Westfalen herzustellen. Das heißt, wenn wir zehn Bewerbungen haben, die exzellent sind, und einer hat eine besondere Relevanz für das Land, dann hat er natürlich die Priorität. Und dafür hat der Wissenschaftliche Beirat auch vollstes Verständnis. Wir diskutieren diese Themen natürlich auch mit dem Wissenschaftlichen Beirat. Gemeinsam mit ihm ist auch die Idee entstanden, dass wir das Thema Subnational Diplomacy in diesem Jahr ausschreiben werden.

Publikationsformat – das ist richtig –: Sie haben nichts dazu gefunden, weil das jetzt sehr neu ist. Ich wollte immer gerne direkt einen Sammelband herausgeben. Wenn wir erstklassigen wissenschaftlichen Kriterien entsprechen müssen, können wir so einen Sammelband nicht einfach so machen. Dafür brauche ich Personal. Was Sie vielleicht nicht wissen: Wir hatten letztes Jahr eine kleine Durststrecke gehabt. Da haben wir, Herr Masseling und ich und unsere Assistenten, die Akademie fast alleine gemacht, weil es da einfach eine gewisse Fluktuation im Personalbereich gibt.

Frau Dr. Freistein, Herr Dr. Becker sind seit einem halben Jahr in etwa bei uns. Das war das erste Projekt, worüber wir gesprochen haben. Ich sitze gerade an der Veröffentlichung oder an der Herausgabe eines Sammelbandes aus einem ganz anderen

Bereich und kann Ihnen sagen: Das ist nicht etwas, was man nebenbei macht. Dafür braucht man sehr viel Expertise.

Wir haben dafür Arbeitsgruppen mit unseren Fellows gebildet, damit wir etwas zustande bringen können. Sie werden sicherlich bald mehr dazu hören. Ich freue mich auch über Ihr Interesse. Wir werden sie auch gerne informiert halten. Diese Publikationsformate sind auch so ein bisschen eine Herzensangelegenheit von mir selbst. Ich hoffe, dass ich auf alle Ihre Fragen eingegangen bin.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Dann hat sich als Nächster Herr Dr. Pfeil für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Frau Dr. Zein Al Din, man merkt, mit welcher Begeisterung Sie von der Akademie sprechen. Das finde ich sehr schön. Ich glaube, die Entscheidung vor vier Jahren, die Akademie zu gründen, war genau die richtige für Nordrhein- Westfalen, für den Standort Bonn. Das war ja mit eine Überlegung damals, die mit ausschlaggebend war. Ich kenne die Europäische Rechtsakademie (ERA) in Trier. Das ist ein ganz anderer Schwerpunkt, ganz andere Entstehung, auch vor vielen Jahren entstanden. Sie wird getragen von dem Bundesland Rheinland-Pfalz. Sie arbeitet eng zusammen mit dem Europäischen Gerichtshof und mit anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und hat sich über Jahre ein tolles Renommee sich erarbeitet.

Ich glaube, die Begeisterung, die jetzt schon aus Ihnen spricht, und die Summer Academies, die angeboten werden, sprechen dafür, dass Sie mit Ihrem Team auf dem richtigen Weg sind für Nordrhein Westfalen und da ein hervorragendes Projekt weiterentwickeln.

Ich habe eine Frage. Sie haben drei Themen genannt, die die Schwerpunktthemen der letzten drei Jahre waren. Wir sind in einer sich wandelnden Welt, in der Menschenrechte, Grundrechte, Freiheitsrechte möglicherweise immer weniger an Wert bei einzelnen Mitgliedsstaaten haben. Und welche Bedeutung haben diese Fragen? Die sind ja essenziell nicht nur für die Bürger in Nordrhein Westfalen, sondern für alle Bundesbürger, für alle Europäer, eigentlich für alle Menschen auf der Welt. Sehen Sie darin möglicherweise auch einen Schwerpunkt, der die die Arbeit permanent begleiten könnte? Das ist eine Frage von mir. – Danke.

**Direktorin Dr. Mayssoun Zein Al Din (Academy of International Affairs NRW):** Ich danke Ihnen sehr, Herr Dr. Pfeil. Auch wir arbeiten mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zusammen. Den letzten Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Róbert Sparnó, der vor einem 3/4 Jahr ausgeschieden ist, hatte ich angesprochen. Ich habe ihm gesagt: Róbert, wäre das nichts für dich, dass du mal Fellow bei uns wirst? Das wollte er auch. Wir konnten uns am Ende nicht über das Geld einigen. So ein gefragter Mann hat natürlich Angebote bekommen, mit denen wir nicht konkurrieren konnten. Bei uns sind das öffentliche Gelder, und für mich gab es eine Grenze. Wir sind dann so verblieben, dass er gesagt hat: Ich komme zu euch, ich mache eine tolle Rede.

Und so kam er im letzten Jahr und hat gemeinsam mit Elena Žemkova, die kurze Zeit darauf, wenige Wochen später, den Friedensnobelpreis für MEMORIAL entgegengenommen hat, bei uns gesprochen. Da gibt es Beziehungen. Wir versuchen, diese Fragen auch bei uns zu behandeln. Wir hatten auch den Professor John-Stewart Gordon aus Litauen bei uns, der sich auch mit internationaler Menschenrechtsgesetzgebung im digitalen Alter auseinandergesetzt hat. Wir haben ihn noch mal eingeladen.

Das Deutsche Museum in Bonn hat jetzt den Themenschwerpunkt KI. Wir haben mit ihm gemeinsam auch Menschenrechtsfragen in diesem Zeitalter besprochen. Ihre Frage war: Könnte man sich nicht vorstellen, dass dieses Thema schwerpunktmäßig auch begleitend in der Akademie bleibt, weil es eine große Relevanz hat? Ich stimme mit Ihnen total überein. Die Relevanz nimmt leider nicht nur in Europa ab. Es gibt auch viele andere Länder und Regionen der Welt, in denen es einen sehr großen Bedarf gibt, die geografisch sehr nah sind, die quasi vor der Tür sind. Wir müssen gar nicht nach China schauen.

Ich habe diese Wahl getroffen, weil ich mir Gedanken darüber gemacht habe: Wo gibt es hier eine Dringlichkeit? Wo steht Deutschland eigentlich, wenn es um Fragen von internationaler Politik, Waffensystemen geht, die in Zusammenhang mit KI stehen? Das betrifft viele andere Bereiche, die Diplomatie, Sicherung von Grenzen usw. Und natürlich wissen Sie, ich bin keine KI-Expertin. Ich habe mich eingelesen und habe festgestellt, dass wir in Europa wirklich Schlusslicht sind. Das hat mich etwas entsetzt. Da sind die Franzosen weit vor uns, und viel weiter sind natürlich Amerikaner, ganz eng gefolgt von den Chinesen. Das hat mich veranlasst, dieses Thema als erstes Thema zu nehmen. Ich war sehr überrascht, was für eine hohe Resonanz wir hatten, wie viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wir aus Deutschland hatten und für die Akademie gewinnen konnten, die zu uns gekommen sind, die mit den Akteuren ins Gespräch gekommen sind, die wir international haben.

Das heißt, ich, ich versuche wirklich, die innovativen Themen zu identifizieren, die eine große Relevanz für uns haben. Im Zuge der neuen Kriege, die wir erleben, dachte ich zum Beispiel: Subnationale Institutionen, Gemeinden, Länder, Städte haben eine unglaublich große Bedeutung, wenn es darum geht, trotzdem die Beziehungen aufrechtzuerhalten, ob im Handel, in der Kultur, in der Bildung, auch in der Diplomatie. Deswegen ist die Entscheidung dieses Jahr darauf gefallen. Im letzten Jahr war dieser Krieg zwischen der Ukraine und Russland mit all dem, was wir an schwieriger Berichterstattung bekommen. Da will ich gar nicht, wie viele es tun, immer nur sagen: Die Russen hantieren mit Desinformation, und wir sind hier die Besten. So ist es nicht. Auch wir müssen sehr genau schauen, wie hier Medien arbeiten, was wir für Nachrichten produzieren. Sind eigentlich die tonangebenden Medien immer wirklich so kritisch, wie es erforderlich ist in diesen schwierigen Zeiten? Deswegen fiel die Auswahl darauf. Ich nehme das sehr gerne mit. Wir werden sicherlich in Zukunft auch darüber nachdenken, wie wir mit diesem Thema umgehen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stefan Engstfeld (GRÜNE):** Vielen Dank! – Auf der Rednerliste habe ich jetzt noch für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frau Abgeordnete Aymaz, dann den Kollegen Abgeordneten Krauß und Minister Liminski. Habe ich jemanden

übersehen? – Sonst würde ich die Redeliste mit Blick auf die Uhr dann auch schließen wollen. Frau Aymaz hat das Wort.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Dr. Zein Al Din, für Ihre Ausführungen, für die spannenden Einblicke Ihrer spannenden Arbeit, die vor allen Dingen angesichts der Situation weltweit noch mal eine ganz besondere Bedeutung gewinnt und uns auch Möglichkeiten gibt, aus NRW heraus zu schauen, wie wir aus NRW einen guten Beitrag für eine friedlichere und gerechtere Weltordnung schaffen können und welche Rolle wir mit unseren internationalen Verflechtungen in dem Kontext noch mal einnehmen können.

Mich würde vor allen Dingen interessieren, welche Auswirkungen die Zunahme von immer mehr autokratischen Systeme, was auch zu einer massiven Verfolgung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern führt, konkret auf ihre Arbeit hat, also auch bei der Auswahl von Exzellenzen. Welche neuen Maßstäbe und Kriterien werden vor allen Dingen mit Blick darauf gesetzt? Gibt es da schon spürbare Auswirkungen?

Zweitens würde mich vor allen Dingen auch interessieren, weil die Rolle von Frauen in der internationalen Politik auch bei der Bewältigung von Konflikten, also der feministische Blick, immer mehr im Fokus der internationalen Debatten steckt: Ist die Bewerbungslage von Frauen da? Wie ist da die Situation, und welchen Wert messen Sie dem bei, vor allen Dingen Frauen, also Wissenschaftlerinnen und Forscherinnen, ganz besonders in den Fokus zu nehmen.

Und abschließend, wenn es die Zeit zulässt, würde mich interessieren, wenn Sie vielleicht darauf noch mal eingehen könnten: Was passiert eigentlich mit den Fellowern, wenn sie zurück sind? Wie gestaltet sich da die Zusammenarbeit in die Welt hinein, über die Stipendiatinnen und Stipendiaten? – Vielen Dank.

**Direktorin Dr. Mayssoun Zein Al Din (Academy of International Affairs NRW):** Ich danke Ihnen sehr, Frau Aymaz, für Ihre Fragen. Natürlich merken wir, dass die Situation für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der Welt, die zu bestimmten international politisch relevanten Themen arbeiten, schwierig wird. Das haben wir gerade beim Ausbruch des Krieges in der Ukraine sehr stark gemerkt. Da haben wir eine große Menge von Bewerbungen aus Russland gehabt, die sagen, wir haben hier echte Probleme, wir können hier nicht mehr arbeiten.

Ich habe mir natürlich vertieft Gedanken darüber gemacht und musste einfach bei der Satzung der Akademie bleiben. Das ist eine Landeseinrichtung, das wissen wir. Es gibt einen klar formulierten Zweck, und den muss ich zu 100 % erfüllen. Der besagt nicht die Förderung von wie auch immer politisch bedrängten, verfolgten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Aber die Alexander von Humboldt-Stiftung hat eigens Projektprogramme genau für die Förderung dieser Wissenschaftler. Ehrlich gesagt, die Anträge, die ich für vielversprechend hielt, die aber trotzdem nicht mit unseren anderen restlichen Bewerbern konkurrieren konnten, habe ich alle an die Alexander von Humboldt-Stiftung weiter verwiesen.

Auf der anderen Seite stellt uns das vor andere besondere Herausforderungen, das Thema Dual-Use. Das heißt, wir hatten aus Russland Bewerber, die wissenschaftlich

höchsten Standards entsprochen haben. Am Ende lag es in meiner Hand. Das wissenschaftliche Gremium, das sie ausgewählt hat, hat gesagt: Das ist ein so relevantes wissenschaftliches Projekt, da haben sich – das ist jetzt zwei Jahre her – zwei Professoren beworben, bei uns zu einem System zu forschen, mit dem sie über Künstliche Intelligenz erkennen können: Wo gibt es eigentlich massive Desinformation, die der russische Staat produziert? Es war ein unglaublich spannendes Projekt. Aber am Ende war es zu gefährlich für uns, weil dieses wissenschaftliche Outcome, das aus diesem Projekt generiert wird, dann doch anders genutzt werden kann. Wir müssen sehr genau schauen. Ihre Frage ist da berechtigt. Aber wie gesagt, wir fördern. Wir verweisen Sie an die Alexander von Humboldt-Stiftung.

Natürlich versuche ich da, wo ich kann, wenn mein Herz es nicht aushält, mal denen einen Job oder so was zu besorgen. Das haben wir auch gemacht im letzten Jahr, als wir so wenig Personal hatten, dass wir jemandem aus der Ukraine gesagt haben: Du bist ein toller Typ, wir können dich nicht fördern. Hast du Lust, drei Monate auf unsere Fellows aufzupassen? So viel zu Auswirkungen autoritärer Regime.

Feministische Politik: Ja, wir hatten im letzten Jahr ein unglaublich interessantes, spannendes Forschungsprojekt zu feministischer Politik in der Türkei in Zusammenhang mit Migrationsbewegungen. Ich kann jetzt den Titel nicht mehr so ganz genau wiedergeben. Das sehen wir, das fördern wir, aber nicht gesondert. Es zählt weiterhin die wissenschaftliche Exzellenz. Worauf wir schon sehr achten, ist, die Lebensumstände von Frauen bei der Auswahl zu berücksichtigen und es ihnen zu ermöglichen zu kommen. Und ich führe immer Abschlussgespräche, wenn die Fellows gehen. Ich frage sie: Was fanden Sie gut? Was fanden sie nicht gut? Was können wir anders machen? Was können wir besser machen?

Von Frauen kommt immer als Erstes: Hätte ich meine Kinder nicht mitbringen können, hätte ich das nicht machen können. Und dann hätte ich niemals dieses wichtige Thema zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz in juristischen Texten XY machen können. Das wäre nicht möglich. Ich hätte weiterhin meine Lehre in Paris machen können usw. Das heißt, da merkt man, dass es einen gewissen Unterschied gibt. Wir haben einen großen Anteil an Frauen, die zu uns kommen. Ich glaube, das hängt wirklich damit zusammen, dass wir uns sehr bemühen. Wir hatten kürzlich eine junge Professorin aus Argentinien, sie hatte ein U3-Kind. Finden Sie in Bonn einen Kindergartenplatz für U3? Unmöglich. Dann hat sie, nachdem wir sie ausgewählt haben und uns sehr auf sie gefreut haben, gesagt: Ich kann leider nicht kommen. Wir haben ihr eine Tagesmutter angeboten. Sie sagte: Das geht nicht, weil das System in Argentinien so ist: Wenn ein U3-Kind nicht an einer offiziellen Institution eingeschrieben war, kann es nicht in die Schule gehen. Also haben wir mit einem Brachialakt versucht, für dieses eine U3-Kind einen Platz zu finden, damit diese Frau kommen konnte. So versuchen wir natürlich, exzellenten Frauen wissenschaftliche Arbeit in einem internationalen Kontext zu ermöglichen.

Diese Frau war eine unglaubliche Bereicherung. Sie hat sich mit vielen, auch mit Politikern, ich glaube, sogar hier im Landtag ausgetauscht. Was passiert mit den Fellows, wenn sie zurückgehen? Ich hatte im letzten Jahr den einen Fall gehabt, dass das Fellowship nicht zu Ende ist. Sie kriegen zwar kein Geld mehr, aber wir nennen sie Associate

Fellows. Das heißt, Sie führen das in Ihrer Visitenkarte und sind immer mit der Akademie affiliert. Wir haben ein Alumni-Programm, in dem sie arbeiten. So empfinden wir sie sozusagen auch als Botschafter unserer Akademie.

Es ist tatsächlich so, dass immer wieder wichtige Gespräche stattfinden, wichtige Multiplikatoren zu uns finden über die Fellows, die bereits irgendwo waren. Und die Rolle dieser Fellows ist für uns gerade jetzt extrem wichtig, weil das unsere Botschafter sind. Das sind die diejenigen, die sagen: Du brauchst ja gar nicht nach London, in Bonn, da gibt es eine ganz tolle Einrichtung. Insofern halten wir da sehr eng den Kontakt zu denen.

**Oliver Krauß (CDU):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch von unserer Seite aus, Frau Zein al Din, herzlichen Dank, auch wenn Sie jetzt hier alleine gesprochen haben. Aber es ist eine Teamleistung, und dafür möchten wir insgesamt danken, auch Frau Dr. Freistein, Herrn Dr. Becker sowie Herrn Masseling. Unter welchen schwierigen Voraussetzungen und Herausforderungen Sie ihre Arbeit aufgenommen haben, haben Sie dargestellt.

Sie merken auch aus den Wortmeldungen meiner drei Vorredner das wohlwollende Interesse. Deshalb bin ich auch dem Kollegen Yüksel ausgesprochen dankbar für seine Fragen. Die sind berechtigt, und die haben Sie auch aus unserer Sicht hinreichend beantwortet. Mit Blick auf die Uhr möchte ich mich kurz fassen. Ich möchte aber nicht versäumen, auch der Landesregierung für die Unterstützung zu danken.

Jetzt spreche ich in der Tat mit der regionalen Brille als regionaler Abgeordneter. Wir sehen in der Region Bonn/Rhein-Sieg Ihre Akademie als einen wesentlichen Baustein des Bekenntnisses des Landes NRW für diesen Standort Bonn. Insofern sind wir an einer sehr engen Verknüpfung mit anderen Institutionen interessiert. Ich bin Ihnen dankbar – Sie haben es gerade von sich aus schon angesprochen –, Deutsches Museum Bonn. Da haben wir auch den Kontakt hergestellt, weil die Parallelen bei dem Thema KI da sichtbar sind. Auch beim Deutsches Museum ist das Land dran. Wir haben bei Ihrem Vortrag ein Foto gesehen, wo Sie mit dem IDOS zusammen sind. Auch das ist ein wichtiger Player für uns. Jetzt komme ich in die absolute Befangenheit. Als Vorsitzender der Stiftung Entwicklung und Frieden habe ich natürlich auch ein verstärktes Interesse daran, dass wir die Zusammenarbeit noch optimieren können, denn das sind wesentliche Player auch für unsere Arbeit. Und die Stiftung hat in Bonn, das darf ich sagen, auch mit einem kleinen, kompetenten Team, wie das bei Ihnen ist, einen großen Stellenwert. Und insofern ist uns sehr an dieser Zusammenarbeit gelegen.

Und last, but not least, um auch die Aktualität reinzubringen, den internationalen Preis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Auch dort sehen wir Anknüpfungspunkte, wo Sie als Akademie sich einbringen können. Ich habe mitgenommen, wie Sie auf aktuelle Herausforderungen der Tagespolitik reagieren können. Das ist mit so einem kleinen Team und mit einem feststehenden Programm nicht immer ganz so einfach. Aber vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht mir ein positives Bild mitgeben, was eine noch engere Verknüpfung der Institutionen anbelangt. Auch im Hinblick auf den UN-Standort – Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) habe ich genannt, IDOS haben Sie auch durch Kopfnicken gerade wohlwollend zur Kenntnis genommen –, glaube ich, ist da noch Luft.

Ich weiß, dass wir noch im frühen Stadium sind. Man muss bedenken, wie jung Ihre Akademie ist. Deswegen wünsche ich mir da noch mehr Austausch. Wir sind dran. Ich glaube, dass wir noch enger zusammenarbeiten könnten, um diesen Standort Bonn als klares Bekenntnis auch als Signal in Richtung Berlin weiter auszubauen. – Vielen herzlichen Dank.

**Direktorin Dr. Maysoun Zein Al Din (Academy of International Affairs NRW):**

Vielen herzlichen Dank, Herr Krauß. Sie sind ja auch ein Freund der Akademie, wenn ich das sagen darf. Sie waren mit dabei der von der ersten Stunde an und haben uns auch regelmäßig besucht. Ich danke Ihnen ebenfalls, Frau Plonsker, und Ihren Kolleginnen und Kollegen. Sie haben uns alle besucht, danke.

Ich fange vielleicht mal mit der mit der Stiftung Entwicklung und Frieden an. Wir haben Herrn Kaplan bei uns in der Akademie gehabt, das ist der Geschäftsführer. Er hat auch kürzlich eine unserer Veranstaltungen mit dem Konsularischen Korps besucht. Wir haben am 10. Mai einen Dialog zu friedensethischen Herausforderungen mit dem Bischof von Essen, Franz-Josef Overbeck. Da wird Herr Kaplan eingeladen sein. Natürlich ist das Thema Entwicklung und Frieden in diesen Zeiten, wo so viele von Krieg reden, von unglaublicher Bedeutung. Es gibt eine Beziehung, es gibt eine Zusammenarbeit. Nur ich hatte eingangs erläutert: Zwei Aspekte durch durchdringen im Prinzip die gesamte Palette unserer Arbeit. Das ist eine ist Qualität. Zur Qualität gehört einfach Zeit. Ich kann natürlich ganz viele kleine Dinge machen und mit jedem Mal ein bisschen sprechen und dann weitergehen. Aber das ist nicht unser Anspruch.

Unser Anspruch ist: Wenn wir eine Kooperation mit jemandem machen, dann muss es eine Kooperation sein, die eine entsprechende Flughöhe hat. Wir müssen das thematisch/inhaltlich entwickeln. Wir müssen die internationalen Akteure holen, die da eine Rolle spielen können. Das heißt, das muss sich ein bisschen entwickeln. Und da sind wir dabei. Wie gesagt, mit dem Geschäftsführer Dr. Kaplan stehen wir im Gespräch. Das Gleiche gilt im Prinzip für den Internationalen Preis für Demokratie. Mit Herrn Wilfried Klein habe ich mich getroffen. Ich nehme das aber sehr gerne mit, was Sie sagen. Im Prinzip steht das auf der Tagesordnung. Es gibt auch noch andere Akteure.

Wir arbeiten viel mit der Universität Bonn, das liegt auf der Hand. Es war sehr interessant, was vorhin Herr Kempermann vom Institut der deutschen Wirtschaft erzählt hat, dass es Methoden und Studien über ökonometrische Verfahren gibt, die die Universität Bonn entwickelt, die im Prinzip eine große Relevanz für Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein Westfalen hat. Diese Uni ist eine wichtige Institution, mit der arbeiten wir sehr eng zusammen. Mit dem CASSIS (Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies) arbeiten wir sehr eng zusammen, mit dem IDOS (German Institute of Development and Sustainability), mit dem BICC (Bonn International Centre for Conflict Studies), aber auch mit der Stiftung. Sie haben recht, das werden wir sehr gerne mitnehmen.

Die Stiftung Entwicklung und Frieden liegt mir vielleicht noch mehr am Herzen als der Internationale Preis für Demokratie, der auch wichtig ist. Aber wir brauchen dringend noch einen stärkeren Blick auch auf Friedensethik, auch auf Friedenspolitik und nicht immer nur Sicherheitspolitik, Krieg usw. – Danke für den Hinweis.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank! Und das Kuratoriumsmitglied der Stiftung Entwicklung und Frieden hat diesen Dialog interessiert verfolgt und gibt jetzt aber in anderer Funktion abschließend in dieser Debatte dem Minister Liminski das Wort.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Vertreter der Akademie, liebe Frau Zein al Din! Ich will einfach nur die Gelegenheit ergreifen, als Vertreter der Landesregierung Dank zu sagen für die Arbeit der Akademie mit der Bitte, das auch an die Teile des Teams, die heute nicht hier sind, weiterzugeben. Trotz mitunter schwierige Bedingungen ist es gelungen, dieses Portfolio an Angeboten zu entwickeln. Da sind die Pläne weitergehend, das noch weiterzuentwickeln.

Ich glaube, die Zeit, seitdem die Akademie gegründet worden ist, hat nur bestätigt, wie notwendig es ist, dass wir uns mit solchen Fragestellungen mit langem Atem befassen und nicht immer nur ad hoc, wenn gerade irgendwas passiert ist. Warum es notwendig ist, konnten wir heute in einem anderen Tagesordnungspunkt auch sehen. Insofern ist mir das sehr wichtig.

Zu der Einbettung in das Thema „Bundesstadt und UN-Standort Bonn“ hat Oliver Krauß gerade alles gesagt. Er hat auch verschiedene Bausteine genannt, an denen wir als Landesregierung engagiert sind. Insofern passt das gut zusammen. Ich glaube, es ist gelungen, das, was wir uns damit vorgenommen haben, als wir diese Akademie gegründet haben, nämlich ein Forum zu schaffen, in dem nicht regierungsamtlich irgendetwas zu dem Thema gesagt wird, aber aus Nordrhein Westfalen mit der Kenntnis des Standorts, mit dem Bekenntnis für die Werte, die hier gelebt werden, aber auch für die Interessen, die Nordrhein Westfalen hat, auf internationale Beziehungen zu schauen. Insofern ist es gut, dass das in so guter Weise gelingt.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank. – Dann sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes angekommen. Vielen Dank für Ihren Besuch. Vielen Dank für die Vorstellung der Arbeit. Der Ausschuss freut sich, wenn wir dem Protokoll die Präsentation beifügen können. Das wäre sehr nett. Ansonsten gute Heimreise! Sie sind gerne eingeladen, die restliche Sitzung hier zu verfolgen. Wenn Sie aber weiterziehen, haben wir jegliches Verständnis. Viel Erfolg weiterhin für Ihre gute Arbeit. – Danke schön.

### 3 **Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nach der Europawahl vorantreiben!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/8436

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags am 20.03.2024)*

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** führt aus, er wolle noch mal für diesen Antrag werben. Der Europaminister habe gerade gesagt, manchmal brauche man einen langen Atem, richtig. Die beiden Tagesordnungspunkte zuvor hätten sich damit beschäftigt, wie Nordrhein-Westfalen auch international tätig werden könne, wie es sich selber einbringen könne. Nichts anderes sei mit diesem Antrag von seiner Fraktion gewünscht.

Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union seien Mitglieder des Europarates und hätten die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Was aber bisher nicht erfolgt sei, sei, dass die Europäische Union selber dem beigetreten sei. Das Verfahren dauere schon viele Jahre, möglicherweise stehe man kurz vor einem Abschluss, wisse es aber nicht. Und deswegen sei der Antrag genauso gewählt, wie er da laute: Was passiere nach der Europawahl? Vor der Europawahl am 9. Juni werde da nichts mehr passieren. Es gehe darum, was danach passiere. Und das sei die Intention seiner Fraktion gewesen.

NRW sollte sich nicht klein machen. So habe er in einer Plenarrede die Frage gehört, warum NRW hier tätig werden solle. Das müsse es nicht, könne es aber. Und wenn man sich selber klein mache, dann müsse man es nicht. Wenn man aber meine – dazu gehöre auch die Academy of International Affairs –, dass man in diesem Bereich möglicherweise etwas sagen könne oder mitmachen könne, dann könne NRW sowohl im Bundesrat als auch im Ausschuss der Regionen in Brüssel als auch innerhalb der Beneluxländer und mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union dafür werben, dass die EU die Europäische Menschenrechtskonvention übernehme. Nichts anderes sei mit diesem Antrag gewünscht.

Er werbe noch mal dafür und freue sich, in der nächsten Plenarsitzung einen Antrag zu sehen, in dem man dann 75 Jahre Europarat feiern.

**Oliver Krauß (CDU)** bedankt sich bei Herrn Dr. Pfeil, dass er noch mal die Intention des Antrages und vor allem auch die Bedeutung der EMRK dargestellt habe, die ja unbestritten sei. Der Plenardebatte habe man entnehmen können, dass sich seine Fraktion durchaus dieser Bedeutung bewusst sei, aber dennoch diesen Antrag nicht unterstützen könne.

75 Jahre Europarat sei in der Tat ein Grund zu feiern, auch wenn es jetzt im Gegensatz zum Antragstext nur noch 46 Mitgliedsstaaten und nicht mehr 47 seien. Aber die Frage sei natürlich immer, welches Zeichen man setze und ob Nordrhein Westfalen der richtige

Player sei, der hier sich positionieren müsse. Eine Verknüpfung zwischen den Europawahlen, die im Juni stattfinden würden, und dem Beitritt der EU zur EMRK sei nicht schlüssig dargelegt worden. Dass die EU der EMRK beitrete, sei schließlich auch eine Vertragsverpflichtung. Von daher sei das schon schwierig.

Schwierig sei darüber hinaus, dass das Land Nordrhein-Westfalen – und das sei kein Kleinmachen oder Kleinreden – hier gar keinen Einfluss nehmen könne. Ein Impuls der Landes, in allen Institutionen den Beitritt weiter anzustreben und zu unterstützen, erscheine ihm angesichts der fortlaufenden intensiven Arbeiten auf EU-Ebene, die auch übrigens durch Vertreter der Bundesregierung begleitet und gefördert würden – da sei die CDU nicht vertreten – weder erforderlich noch geboten. Es handele sich hier ausschließlich um eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten der EU.

Nun sei es so, dass dieser Beitritt in Form eines Abkommens zwischen der EU und den Vertragsstaaten der EMRK zu erfolgen habe. Von daher bitte er um Verständnis, dass seine Fraktion – bei allem Wohlwollen für die Grundidee – den Antrag als wenig dienlich ansehe und ihn auch heute ablehnen werde.

**Berivan Aymaz (GRÜNE)** schickt voraus, ihre Leidenschaft sei bekannt, wenn es um Menschenrechte gehe. Der Ausschuss habe schon oft darüber debattiert, was für ein Meilenstein die Europäische Menschenrechtskonvention in der Geschichte der Menschheit sei. Dass Nordrhein-Westfalen als ein Big Player in Menschenrechtsfragen auftreten könne, sei keine Frage. Aber dafür müsse man nicht dem Antrag, den die FDP gestellt habe, folgen.

Sie glaube, dass Nordrhein Westfalen gerade auch mit den zahlreichen Akzenten, die in den letzten Jahren gesetzt worden seien, wie zum Beispiel mit der Menschenrechtswoche ganz deutlich mache, welche Bedeutung Menschenrechte und vor allen Dingen auch die Europäische Menschenrechtskonvention für die Gesellschaft habe, und dass man diese aus Nordrhein-Westfalen heraus immer wieder auch mit Leben fülle. Und das sei, glaube sie, die Größe, die Nordrhein-Westfalen ganz konkret auch spielen könne. Sie sei sehr dankbar, dass das Land das auch spiele und auch in anderen Bereichen mit Patenschaftsprogrammen zum Schutz von verfolgten Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten aktiv sei. All das seien konkrete Maßnahmen, die aus Nordrhein-Westfalen im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention ausgeübt würden und dem noch mal eine ganz besondere Bedeutung zufügten.

Aber jetzt über zwei, drei Stufen zu springen und zu sagen, NRW müsse handeln, sei ein Versuch, der der Thematik nicht gerecht werde. Sie sei sehr froh und dankbar, dass bereits auch auf der europäischen Ebene sowieso die Verhandlungen für ein Beitritt liefen und Gespräche geführt würden. Jetzt gelte es, auf allen Ebenen dafür sorgen, dass Menschenrechte im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention tatsächlich auch eingehalten und umgesetzt würden. Und da sei die entscheidende Frage, wo NRW ganz konkret einen Beitrag leisten könne, was es ja auch tue.

**Inge Blask (SPD)** betont, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stünden zu dem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Jetzt könne man sagen, ob NRW das schreibe oder nicht, sei egal. Manchmal schreibe sie als Landtagsabgeordnete,

auch wenn sie eigentlich nicht zuständig sei, trotzdem Menschen an, um zu versuchen, dem Einfluss aus Nordrhein-Westfalen an der Stelle gerecht zu werden.

Ihre Fraktion werde diesem Antrag zustimmen, wenngleich sie der FDP an der Stelle gerne noch mal den Satz mitgebe, den sie auch schon im Plenum gesagt habe. Auch beim Lieferkettengesetz könne man sich für Menschenrechte einsetzen. Da hätte sie sich ein bisschen mehr gewünscht.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD ab.

**4 Jugendgipfel in Kattowitz** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2474

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/2474 zur Kenntnis.

**5 Neuer Sachstand zu Euregio-Themen** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]; nachträglich eingereichter Bericht [s. Anlage 5])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/2473

**Inge Blask (SPD)** legt dar, es sei ein gutes Timing. Letzte Woche sei die Finanzierung der GrenzInfoPunkte Thema auf einer gemeinsamen Konferenz aller GrenzInfoPunkte gewesen. Es gehe wohl darum, dass das sehr erfolgreiche Interreg-Projekt zu prekären Arbeitsverhältnissen angeführt werde.

Ziel sei es, den grenzüberschreitenden Austausch zu verbessern, Kontrollen durchzuführen und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten, wie man mit dem Problem in Zukunft umgehen könne. Sie habe erfahren, dass im Mai ein weiteres Interreg-Projekt zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung und unterschiedlichen Zuständigkeiten an den Start gehen solle. Da habe es scheinbar auch etwas, weil unterschiedliche Einrichtungen für die Probleme zuständig seien. Eine dauerhafte Finanzierung dieser Projekte wäre wichtig.

Sie wüsste gerne, wie nach Ansicht der Landesregierung eine Neukalibrierung des Beitrags für die GrenzInfoPunkte ab 2026 aussehen solle. Es sei die Rede von 25 % bis 30 % erhöhtem Finanzierungsbedarf, um den Status quo überhaupt halten zu können. Sodann frage sie, inwieweit die Absichtserklärung von Ministerin Neubaur umgesetzt werde, zum einen mit Belgien eine grenzüberschreitende Energieinfrastruktur aufzubauen, zum anderen mit den Niederlanden bezüglich der grenzüberschreitenden Pipelineinfrastrukturverbindungen für CO<sub>2</sub> und Wasserstoff im Rahmen des Delta Rhine Corridor Projekts zusammenzuarbeiten.

Sie bitte den Minister, zu dem im Mai anstehenden weiteren Interreg-Projekt in Gronau zum Thema „grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung“ auszuführen.

Eine Frage ihrer Fraktion sei nicht beantwortet worden. Da sei es um die Frage gegangen, welche Form der möglichen Anhörungs- und Mitspracherechte der Euregios auf Landesebene die Landesregierung für sinnvoll und umsetzungsfähig halte. Da gehe es also um die Mitsprache der Euregios hier in NRW.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bedankt sich für den Bericht. In dem Bericht werde sehr schön aufgeführt, was an Interreg-Projekten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten Jahren entwickelt und entstanden sei, wie sie auch finanziert würden. Bei den GrenzInfoPunkten – das sei in der letzten Legislaturperiode geändert worden – sei die regionale Finanzierung aufs Land übertragen worden, sodass die Kommunen vor Ort oder die entsprechenden Gebietskörperschaften, die sich zusammengeschlossen hätten, von den Zahlungen entlastet worden seien, wodurch eine beständige Finanzierung der GrenzInfoPunkte zum Wohle der Bürger und Bürgerinnen vorgenommen worden sei.

Dass GrenzInfoPunkte notwendig seien, wolle sicher niemand bestreiten. Das sehe man jedes Mal, wenn man da hingehet oder wenn man sich die Berichte anschaut.

Auch die Euregio-Profilschulen seien ein Ergebnis eines Interreg-Projektes, entstanden in ganz kleinem Rahmen und dann weiterentwickelt und auf andere Euregio übertragen. Nun seien die GrenzInfoPunkte als auch Euregio-Profilschulen Ergebnisse von Interreg-Projekten. Es gebe aber gleichzeitig viele Interreg-Projekte, von denen man gar nicht wisse, ob sie gut seien, ob sie auf andere Euregios übertragen werden könnten. Er frage, wer das nachhalte, wer das prüfe, ob es Best-Practice-Auswertungen von Interreg-Projekten gebe, die man auf andere Euregios übertrage, ob das bisher veröffentlicht worden sei. Da fließe ja jede Menge Geld rein.

Diese beiden Projekte, die er gerade genannt habe, seien die, die hinterher auf Landesebene übertragen worden seien. Aber es gebe ja jede Menge mehr. Und es wäre der Wunsch und die Bitte, wenn es so etwas bisher nicht gebe, das vielleicht mal zu machen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** erwidert, bei einigen Fragen könne er heute nur sagen, dass er die mitnehme und an die Fachkollegen weitergebe, weil das mitunter auch sehr ins Detail gehe. Er bedanke sich für die Würdigung des Berichts.

Zu dem, was die GrenzInfoPunkte angehe: Das sei auch ihm in der Tat ein Anliegen so wie seinem Vorgänger, der ja den Schritt gerade zur Entlastung der entsprechenden Regionen gemacht habe, den Herr Pfeil in Erinnerung gerufen habe. Einige Ausschussmitglieder, Frau Plonsker in besonderer Weise, hätten auch die GrenzInfoPunkte aufgesucht. Er halte es für sehr gut, wenn man die Arbeit, die dort gemacht werde, würdige und herausstelle.

Es sei völlig klar, dass es auch nach 2026 eine strukturierte, verlässliche Finanzierung geben werde. Das werde nicht am Land Nordrhein-Westfalen scheitern. Was die Höhe der Finanzierung angehe, dann sei das etwas, was man zuerst mit den Partnern besprechen müsse. Da wolle er auch nicht vorpreschen, weil das die vielleicht in Bedrängnis bringen würde, sondern er wolle das im Rahmen des dafür vorgesehenen Gesprächsprozesses entwickeln. Sobald man da weiter sei, würde er gerne den Ausschuss informieren. Aber er könne heute schon sagen – das sage man auch den Euregios –: Es gebe 2025 nicht irgendwie ein Dead End, sondern da gehe es dann auch weiter.

Was das Thema „Arbeitsmigration“ angehe, so sei es so, dass das MHKBD bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sehr viel Impetus reingegeben habe. Er verweise auf das Praxishandbuch für die Kommunen von Dezember. Bei den insgesamt neun groß angelegten Kontrollaktionen seien etliche bauliche und wohnliche Missstände erkannt und abgestellt worden, auch arbeitsrechtliche Verstöße. Er glaube, es sei an der Stelle wichtig, dass man die Missstände nicht nur in Worten verurteile, sondern vor allen Dingen durch solche Kontrollaktionen auch den Vollzug stärke. Das sei im Übrigen auch die Rückmeldung gewesen, als das im Rahmen der Grenzlandkonferenz im Dezember vergangenen Jahres in Nimwegen diskutiert worden sei.

Von den Partnern werde wahrgenommen, dass Nordrhein-Westfalen deutlich aktiver geworden sei und häufig auch den Impuls liefere. Das vielleicht zu diesem Thema. Die Fragen zum Thema „Energie, Infrastruktur“ müsse er für Frau Neubaur sozusagen mitnehmen, was den aktuellen Stand nach der gemeinsamen Erklärung angehe. Das Gleiche gelte in gewisser Weise für die Interreg-Projekte, die im MWIKE verwaltet würden.

Den Ansatz, den Herr Dr. Pfeil schildere, zu überlegen, was man aus einem Projekt rausziehe, das erfolgreich abgeschlossen worden sei, ob es andere Träger gebe, die das gleiche Konzept sinnvollerweise umsetzen könnten, bevor sie etwas Neues selbst probierten, könne er sehr gut nachvollziehen und würde das mit der Stoßrichtung dann auch einmal an das Fachressort, an das MWIKE geben, dass man das mindestens in der Richtung auswerte, monitore und vielleicht sogar auch anschiebe.

## **6 Verschiedenes**

– keine Wortbeiträge

gez. Stefan Engstfeld  
Vorsitzender

## **5 Anlagen**

03.05.2024/08.05.2024





# NRW: Stark durch die EU

Präsentation der Endergebnisse



# Agenda

- 1 NRW-Handelsverflechtungen mit der EU
- 2 Direktinvestitionen: Was geht raus, was kommt rein?
- 3 What if: Auswirkungen eines NRW-Exits

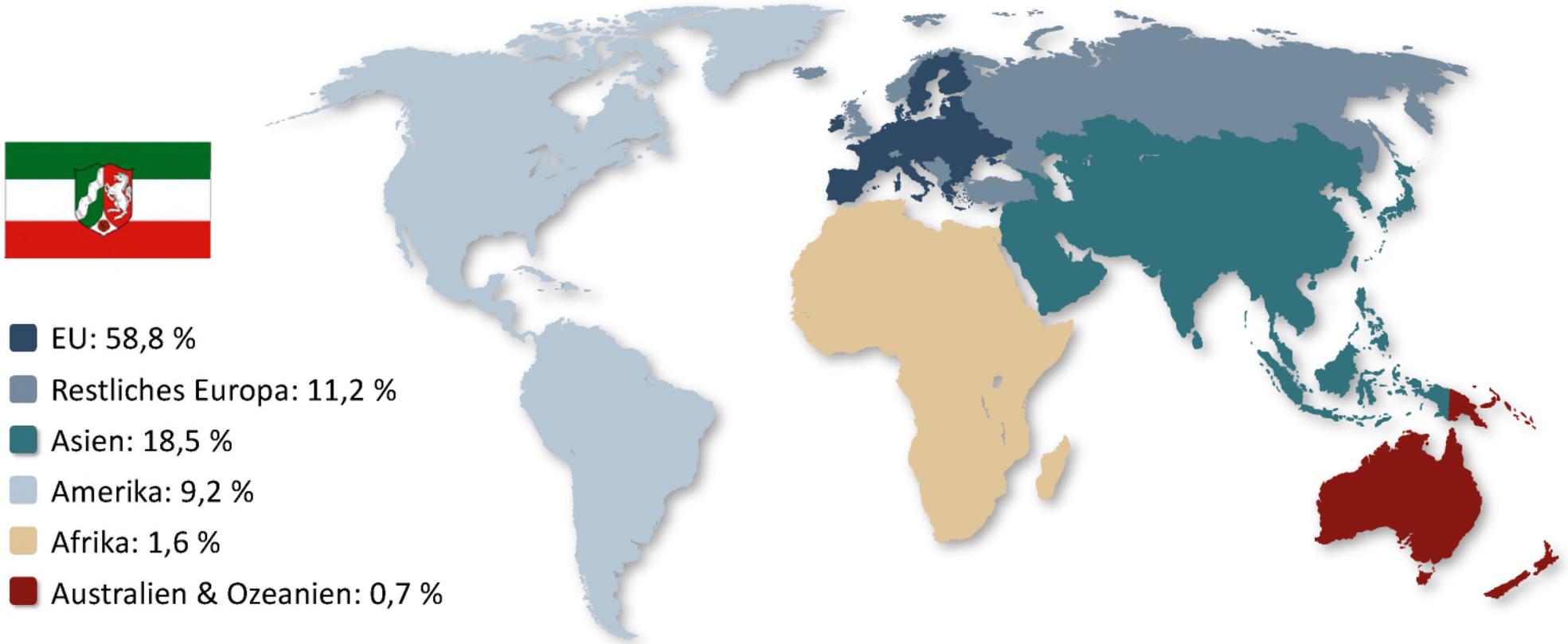


1

## NRW-Handelsverflechtungen mit der EU

# Handelsvolumen: Europa dominiert im NRW-Außenhandel

Anteil der Kontinente am gesamten NRW-Handelsvolumen\* in Prozent (2023)



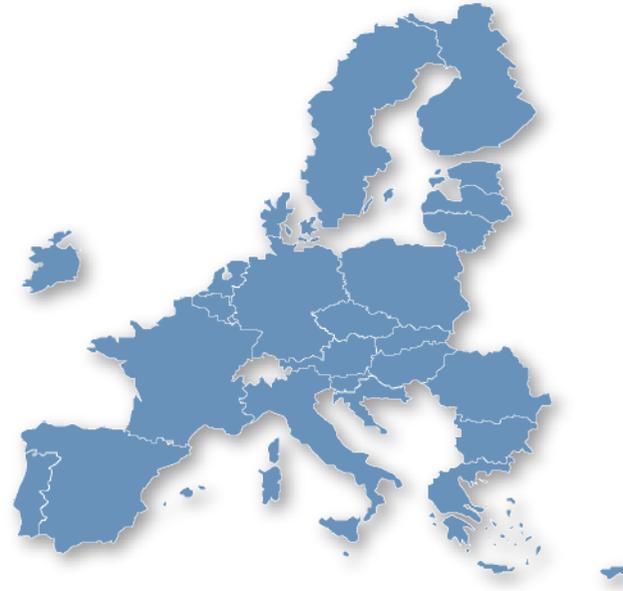
\* Handelsvolumen: Summe aus Ein- und Ausfuhren  
Quelle: Außenhandelsstatistik (2024), eigene Berechnungen

# Die EU – für NRW ein besonders wichtiger Handelspartner

EU-Anteil an gesamten Exporten und Importen in Prozent (2023)



Handelsvolumen\*: 58,8 %  
Exporte: 64,5 %  
Importe: 54,3 %



Handelsvolumen\*: 53,5 %  
Exporte: 54,4 %  
Importe: 52,5 %

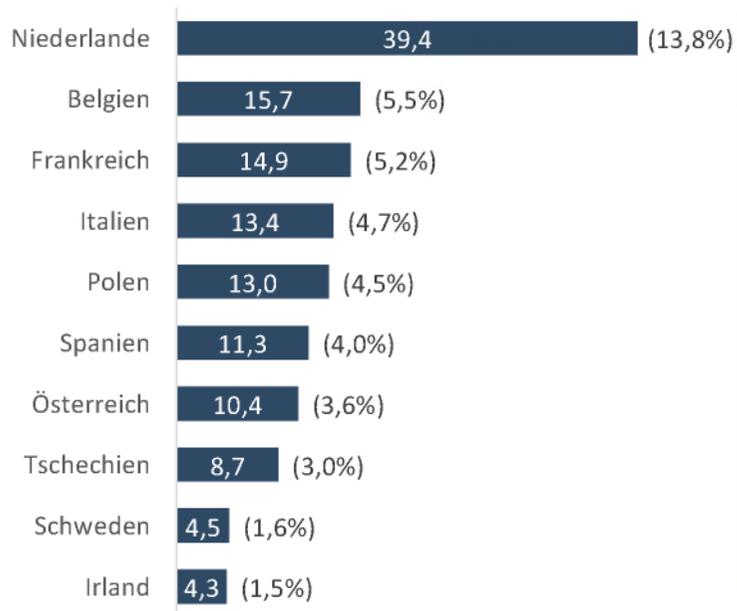
- Handel mit EU-Ländern **bedeutsamer für NRW** im Vergleich mit Deutschland
- Stabile Strukturen: EU-Anteile an Gesamtimporten und -exporten von NRW in den vergangenen 10 Jahren stabil

\* Handelsvolumen: Handelsvolumen: Summe aus Ein- und Ausfuhren  
Quelle: Außenhandelsstatistik (2024), eigene Berechnungen

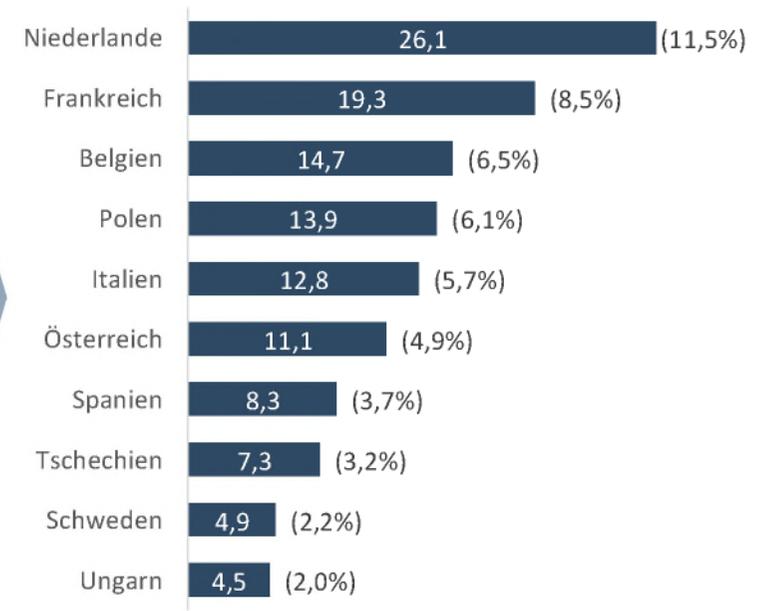
# Die größten EU-Handelspartner von NRW

Importe und Exporte in der Außenhandelsstatistik\* in Mrd. Euro und Anteil an allen Importen und Exporten in Prozent (2023)

## Top-EU-Importländer



## Top-EU-Exportländer

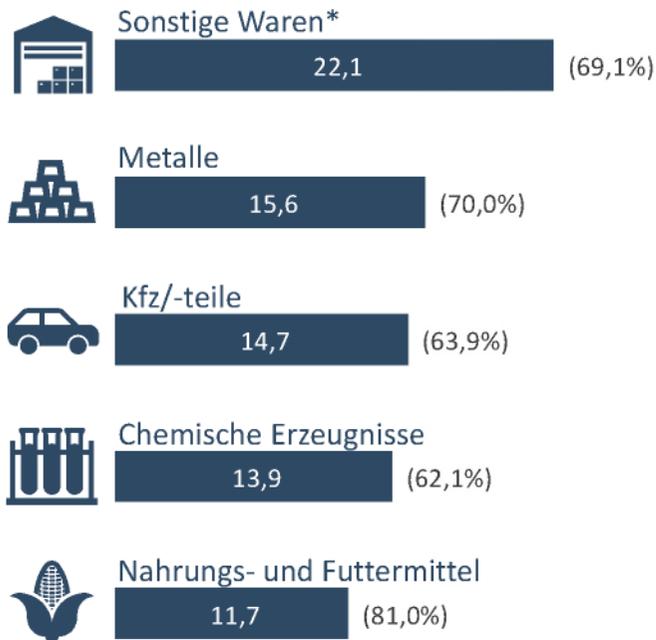


\* Methodischer Hinweis zur Außenhandelsstatistik: Die Außenhandelsstatistik ist bestrebt, bei Importen das Ursprungsland der Herstellung und bei den Exporten das Bestimmungsland des Ge-/Verbrauchs abzubilden. Werden diese Waren aber nicht in Deutschland, sondern in einem anderen EU-Land zunächst verzollt und erst dann nach Deutschland gelangen, wird diese Ein-/Ausfuhr dem EU-Mitgliedsstaat zugerechnet. Dieser Effekt entsteht insbesondere bei großen Seehäfen wie Rotterdam oder Antwerpen, weshalb er auch „Rotterdam-Effekt“ genannt wird. Aus diesem Grund können Spiegeldifferenzen in den Ein- und Ausfuhr in der deutschen und niederländischen Statistik entstehen (Statistisches Bundesamt, 2019).

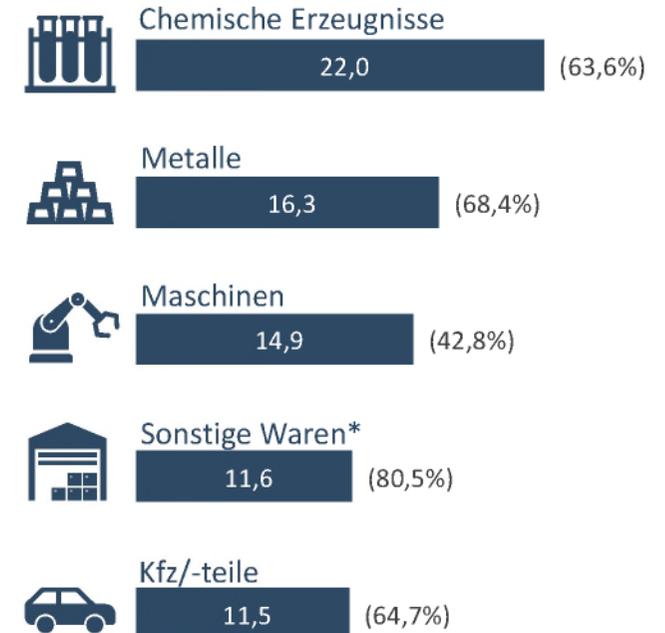
# Die wichtigsten EU-Handelsgüter von NRW

Importe aus der EU und Exporte in die EU nach Güterart in Mrd. Euro und EU-Anteil in Prozent (2023)

## Top-Importgüter



## Top-Exportgüter



\* u.a. Software, Sekundärrohstoffe, Installationsarbeiten  
Quelle: Außenhandelsstatistik (2024), eigene Berechnungen

# Exporte und Wertschöpfungsketten

## Wie Exporte in die EU auf NRW wirken

**Direkter Effekt:** Wirtschaftliche Aktivität durch NRW-Export in die EU

**Indirekter Effekt:** Wirtschaftliche Aktivität in NRW durch Vorleistungslieferungen an EU-Exporteure in NRW

**Indirekter Effekt:** Wirtschaftliche Aktivität in NRW durch Vorleistungslieferungen an EU-Exporteure im restlichen Deutschland

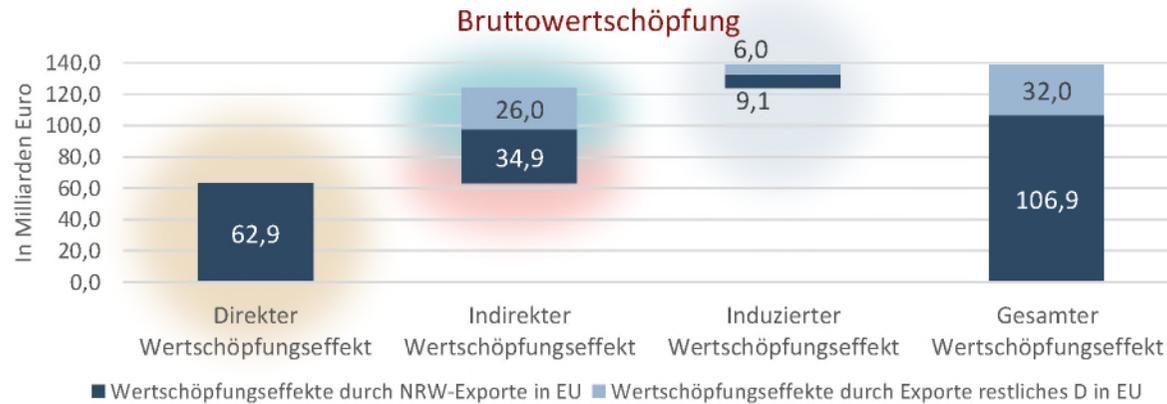
**Induzierter Effekt:** Wirtschaftliche Aktivität in NRW durch den Konsum der Beschäftigten in den direkten und indirekten Effekten\*



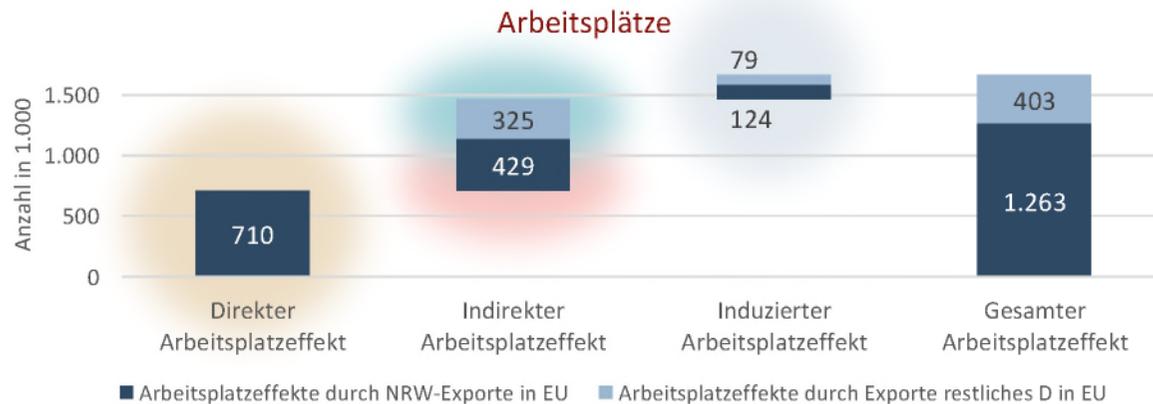
\*Ohne Darstellung in der Abbildung  
Quelle: Eigene Darstellung

# Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzeffekte

## Effekte der EU-Exporte auf NRW



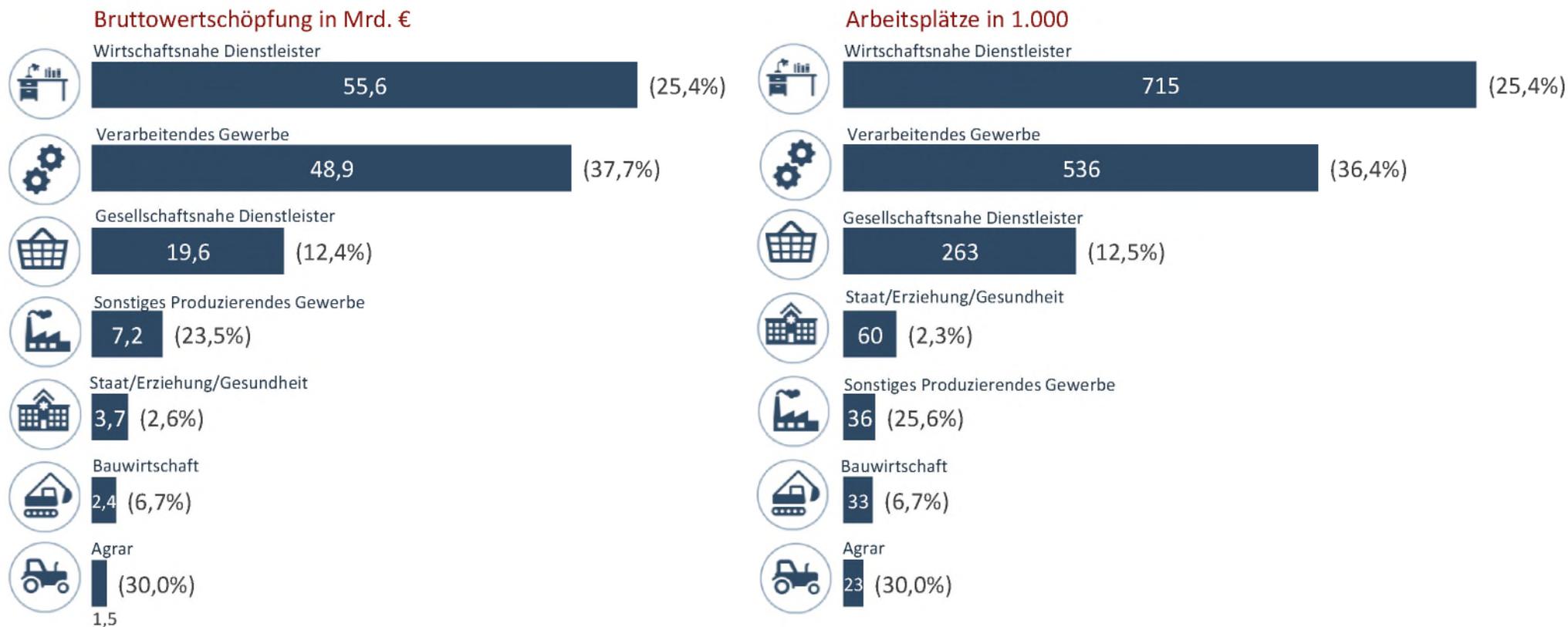
**138,9 Mrd. €  
(19,25 %)**



**1.666.731  
(17,1%)**

# Wertschöpfungs- und Arbeitsplatzeffekte nach Sektoren

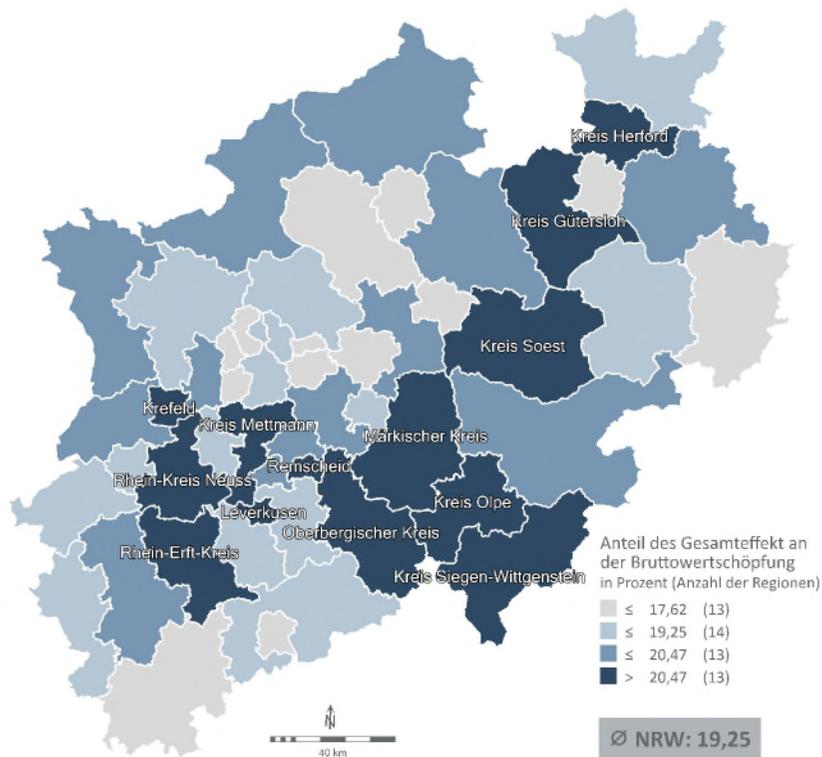
BWS in Mrd. € und Arbeitsplätze in Mio. (Anteil an NRW-Sektor in Klammern)



\* Wirtschaftsnahe Dienstleister: Wirtschaftszweige 46, 49-53, 62-66, 69-78, 80,82; Gesellschaftsnahe Dienstleister: Wirtschaftszweige 45, 47, 55-61, 68, 79, 90-98  
Quelle: IW Consult 2024

# Regionale Auswirkungen auf die BWS durch EU-Exporte

Auswirkungen auf die Bruttowertschöpfung; Anteil an der gesamten BWS auf NRW-Kreisebene



- Die erzielte Wertschöpfung in den Kreisen durch Exporte in die Europäische Union unterscheiden sich stark.
- Der höchste relative Gesamteffekt (30,9 Prozent) entsteht in Leverkusen; hier fallen besonders die Exporte chemischer Erzeugnisse ins Gewicht.
- Der geringste relative Gesamteffekt (15,1 Prozent) liegt in Bochum vor.
- Rheinland, Südwestfalen und Teile Ostwestfalens mit überdurchschnittlich hohen Gesamteffekten.

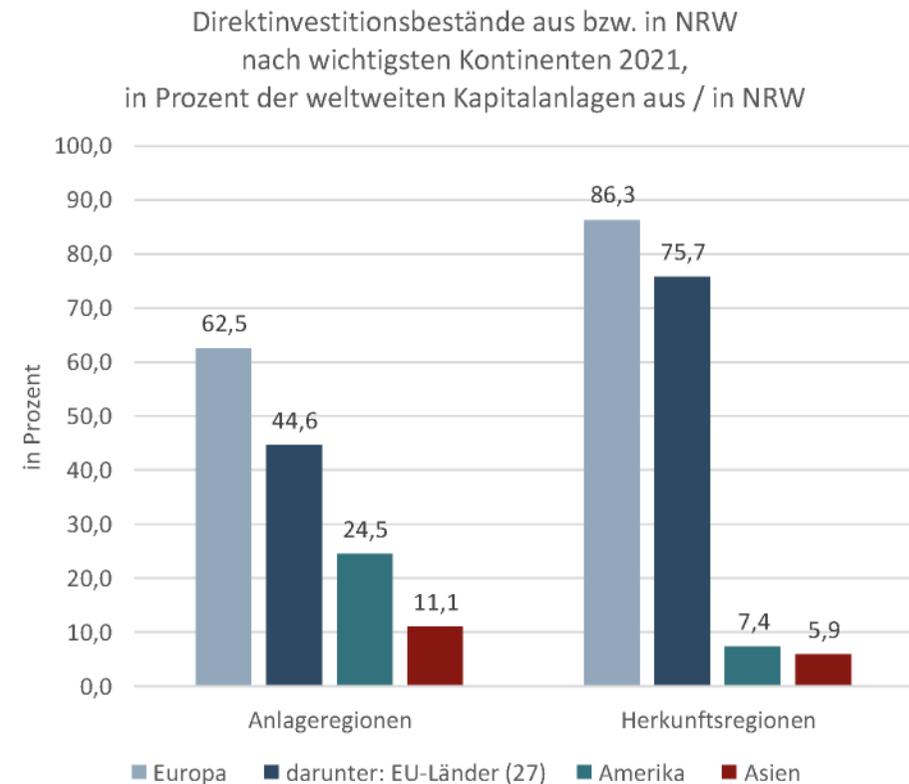
# 2

Direktinvestitionen:  
Was geht raus, was kommt rein?

# Direktinvestitionen NRW: Herkunfts- und Zielregionen weltweit

Europa und insbesondere EU dominieren bei ausländischen Direktinvestitionsbeständen

- Ein Großteil der Direktinvestitionen aus NRW fließt nach Europa (darunter vor allem in EU-Länder). Danach folgen Amerika und Asien.
- Als Kapitalgeber für Unternehmen in NRW sind die EU-Länder noch bedeutender als Investitionen aus Amerika und Asien.



Quelle: Bundesbank 2023; eigene Berechnungen

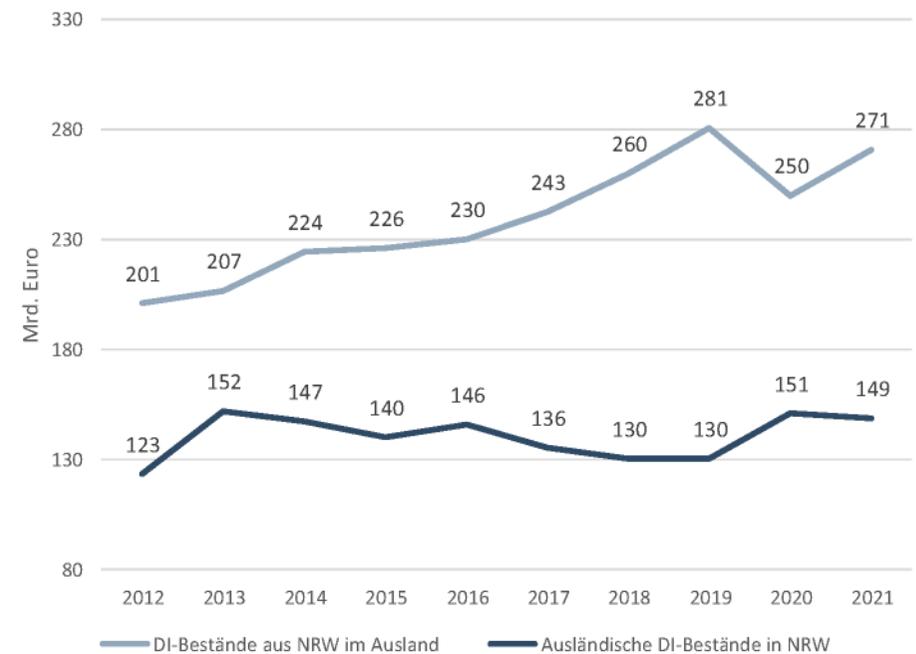
# Direktinvestitionen NRW-EU und NRW-Ausland im Zeitverlauf

EU: ähnliche Größenordnungen bei Kapitalzuflüssen und -abflüssen;  
Ausland insgesamt: Kapitalabflüsse überwiegen

Direktinvestitionsbestände aus NRW in der EU bzw. aus der EU in NRW



Direktinvestitionsbestände aus NRW im Ausland bzw. ausländische DI-Bestände in NRW



Quelle: Bundesbank 2024; eigene Berechnungen

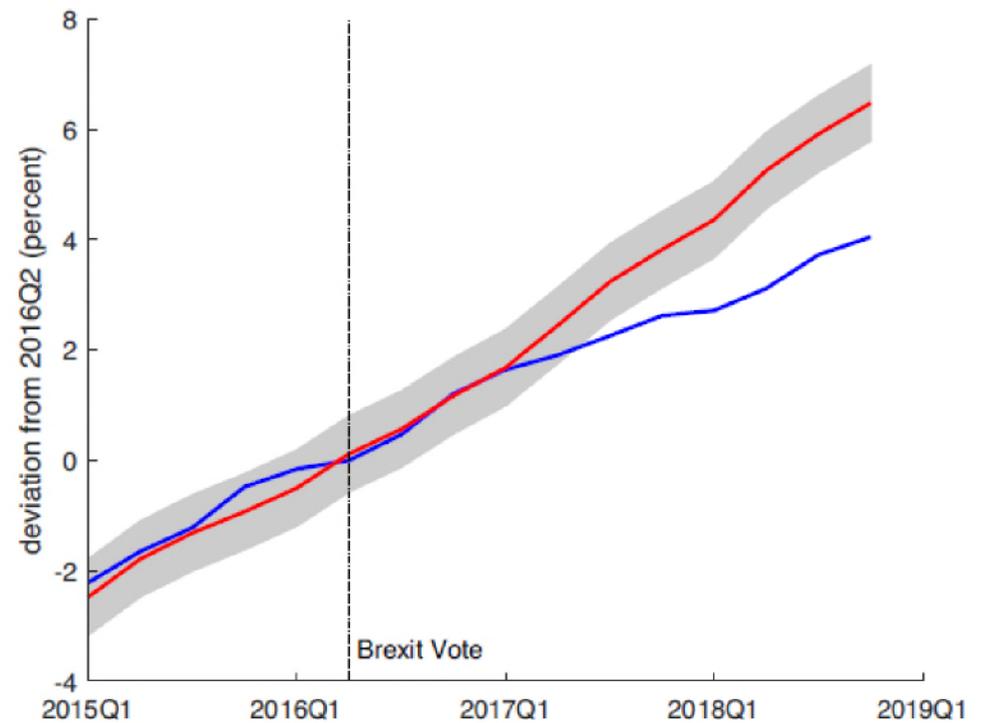
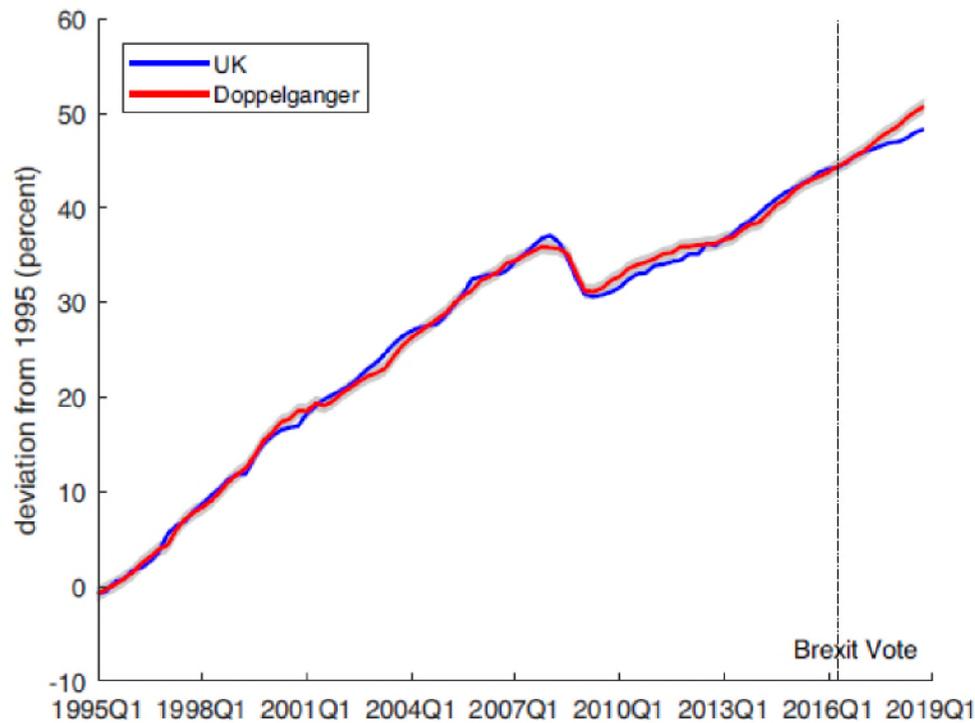
# 3

## What If: Auswirkungen eines NRW-Exits

# Startpunkt: Auswirkung des Brexit-Referendums

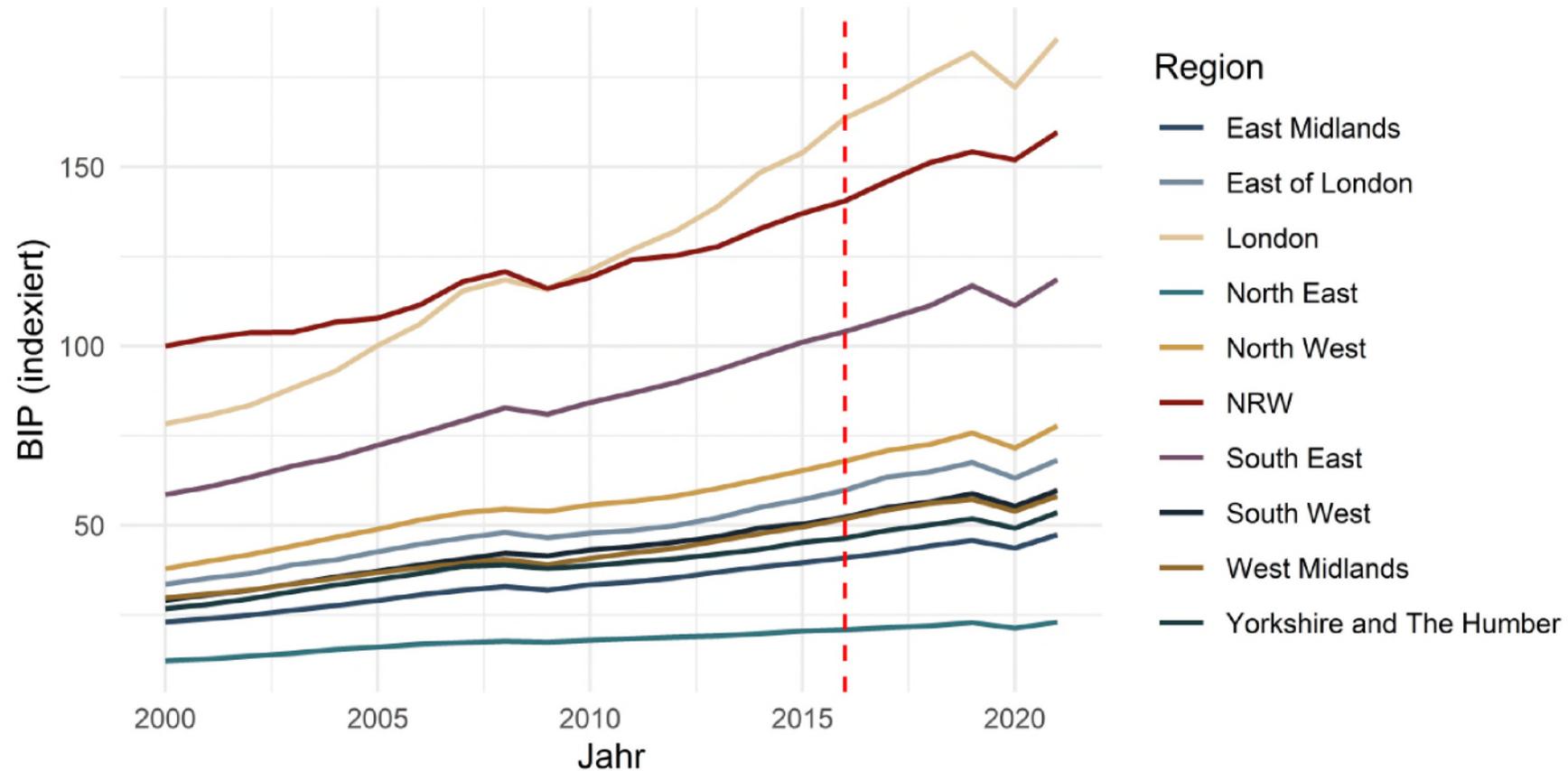
Born et al. (2019): Synthetische Kontrollmethode (SKM)

## THE COSTS OF ECONOMIC NATIONALISM



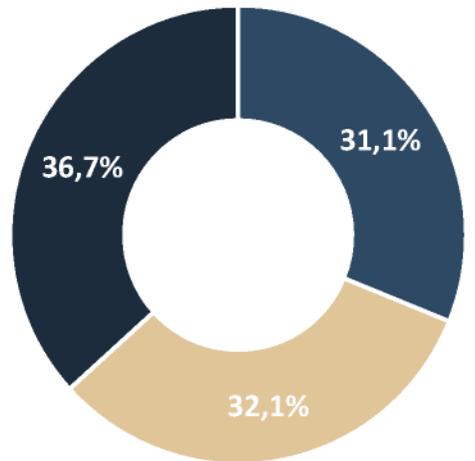
# Synthetische Kontrollmethode im NRW-Fall

## Indexierte Serien



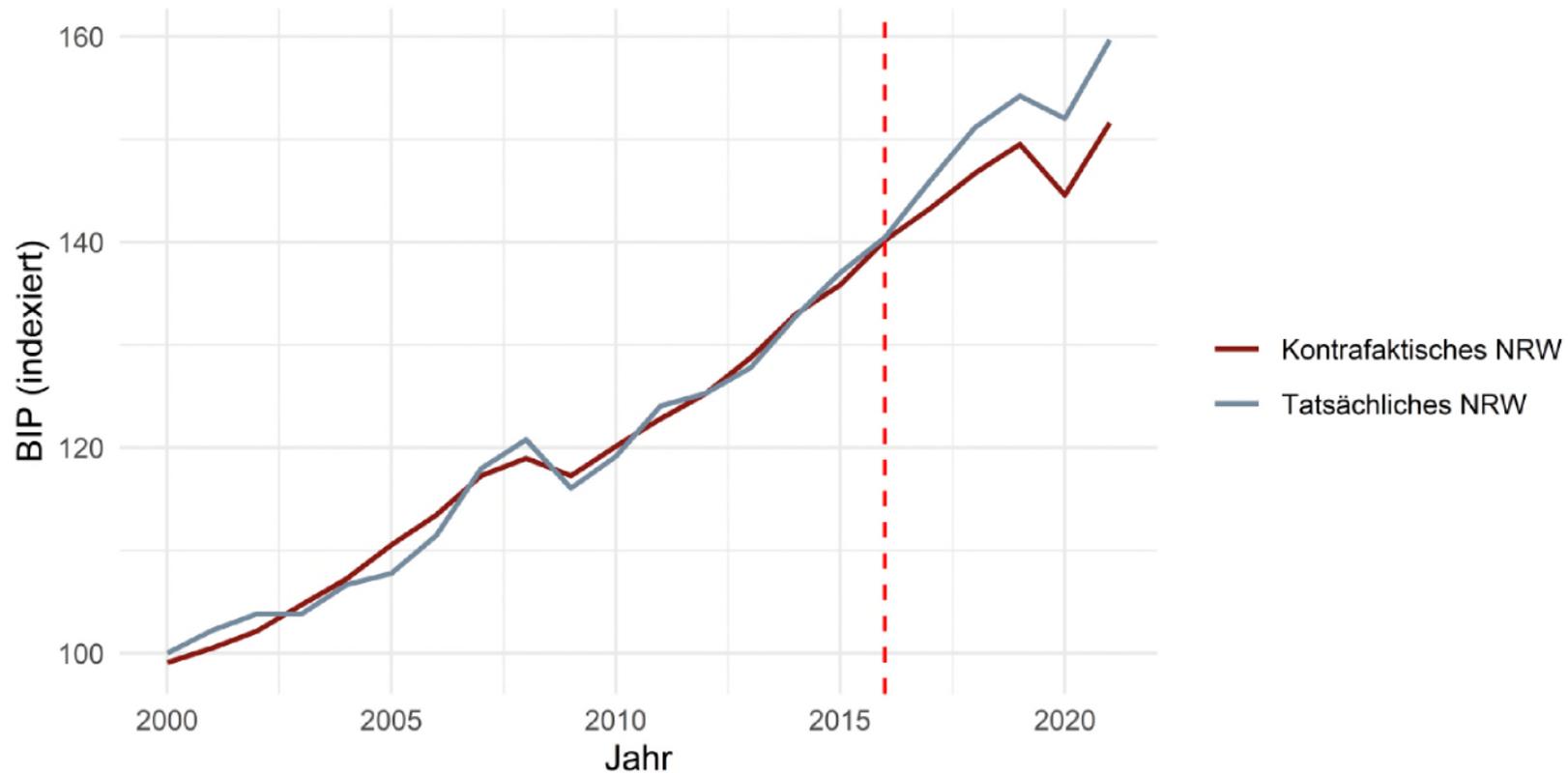
# Synthetische Kontrollmethode im NRW-Fall

## Gewichte



- Gewichtung sorgt nicht nur dafür, dass BIP-Pfad von NRW präzise nachgebildet wird, sondern auch dass relevante Struktureigenschaften abgebildet werden
  - NRW hat hohen Exportanteil (33,6%) und hohen Beschäftigungsanteil im VG (24,5%) und geringen Anteil in der sonstigen Industrie (4,9%)
  - West Midlands verfügt über zweitgrößte Exportquote (20,9%) und größten Beschäftigungsanteil im VG (19,0%)
  - East Midlands haben drittgrößte Exportquote (17,0%) und zweitgeringste Beschäftigungsquote in der sonstigen Industrie (7,1%)
  - London verfügt über die geringste Beschäftigungsquote in der sonstigen Industrie (5,7%)

Dexit/NRW-Exit würde für NRW bedeuten:  
Verlust von 37,6 Mrd. Euro (5,1% des BIPs) bzw. gut 486.000 Arbeitsplätzen  
Schätzung durch synthetische Kontrollmethode für NRW





19. April 2024

ACADEMY  
OF INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW



ACADEMY  
OF INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

# Eröffnung am 25. August 2021

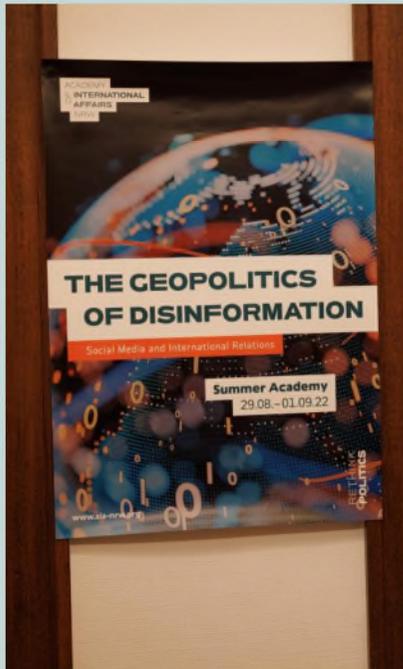


ACADEMY  
LL  
O  
INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW



ACADEMY  
INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

# Summer Academies



ACADEMY  
INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

**Haramia, Chelsea:** Global  
Planning for Post-  
Detection  
(April 2024 – Januar 2025)

# Outer Space Affairs

A Critical Key Domain of International Politics

**Ünüvar, Günes:**  
Polluting the Shores of the  
Cosmic Ocean: Outer Space  
as 'Environment', 'States'  
Regulatory Measures, and  
International Investment Law  
and Politics  
(Juni 2024 – Dezember 2024)

**Summer Academy**  
03.09.–08.09.23

**Gonzalez, Raul:**  
Implementation of the  
European Union Space  
Defence & Security Strategy:  
Key Challenges and Enablers  
(Juni 2024 – Dezember 2024)

**Bower, Adam:**  
Regulating Space Warfare:  
Assessing Opportunities  
and Challenges  
(September 2024 –  
Dezember 2024)

ACADEMY  
LL  
O INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW



ACADEMY  
INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

ACADEMY  
INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

Hybrid Event



Die deutsche Fassung finden Sie unten.

18.03.2024 | 17.30h - 19.30h CET

SUBNATIONAL DIPLOMACY AS A  
BUILDING BLOC OF MEANINGFUL  
PARTNERSHIP

Invitation Roundtable Discussion



ACADEMY  
OF INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

# Kooperationen



# Parlamentarische Begegnungen



ACADEMY  
INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

# Veranstaltungen



ACADEMY  
INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

# Lebendiger Diskursort



ACADEMY  
OF  
INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW



ACADEMY  
LL  
O INTERNATIONAL  
AFFAIRS  
NRW

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**



# RETHINK **POLITICS**

**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

[FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf](#)

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Dr. Werner Pfeil**

Mitglied des Landtags NRW  
Vorsitzender des  
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss  
Sprecher für Europa und  
Internationales  
Sprecher im Parlamentarischen  
Untersuchungsausschuss  
„Hochwasserkatastrophe“

08.04.2024

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für  
Europa und Internationales am 19. April 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 19. April 2024  
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der  
Landesregierung zum Thema:

**Jugendgipfel in Kattowitz**

Im Zeitraum vom 07. bis 13.07.2024 findet in Kattowitz, der diesjährigen Europäi-  
schen Wissenschaftsstadt, der Jugendgipfel des Regionalen Weimarer Dreiecks  
statt. Junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen im Alter von 17 bis 23 Jahren  
können sich noch bis zum 26.04.2024 für eine Teilnahme bewerben. Thematisch  
sollen in diesem Jahr Wissenschaft und Technologie im Zentrum stehen. Der Gip-  
fel bietet für die jungen Leute zudem die Möglichkeit sich zu vernetzen und  
Freundschaften über europäische Grenzen hinweg zu schließen.<sup>1</sup>

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4410  
werner.pfeil@landtag.nrw.de  
[www.wpfeil.de](http://www.wpfeil.de)

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stel-  
lung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie viele Bewerbungen für die Teilnahme an dem Gipfel sind bis zum jetzi-  
gen Zeitpunkt eingegangen?



<sup>1</sup><https://mbeim.nrw/internationale-jugendbegegnung-kattowitz-jugendliche-und-junge-erwachsene-aus-nordrhein-westfalen>, letzter Zugriff: 08.04.2024

**Freie  
Demokraten**

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

- Wie unterstützt die Landesregierung die Jugendlichen bei der Bewerbung und später bei der Vorbereitung und Teilnahme am Gipfel?
- Wie bringt sich die Landesregierung im Regionalen Weimarer Dreieck in die Vorbereitung des Gipfels ein (Unterstützung, Absprache etc.)?

Mit freundlichen Grüßen

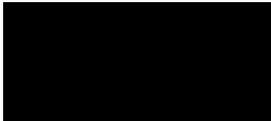
Dr. Werner Pfeil



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -



**INGE BLASK, MdL**  
Sprecherin für Europa &  
Internationales

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:

inge.blask@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

9. April 2024

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung  
am 19. April 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgenden  
Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und  
Internationales am 19. April 2024:

**TOP 1 – Neuer Sachstand zu Euregio-Themen**

Am 3. November 2023 hatten waren VertreterInnen der Euregios NRWs im  
Ausschuss für Europa und Internationales zu Gast. Dabei wurden zahlreiche  
Aspekte des grenzüberschreitenden Lebens diskutiert. Deshalb bitten wir um  
die Beantwortung folgender Fragen:

- Gibt es, etwa im Rahmen der Grenzlandkonferenzen, neue Sachstände  
zu den angesprochenen Themen, wie etwa zum Aufbau einer  
gemeinsamen Energieinfrastruktur und Maßnahmen, die das Land  
NRW hier ergreifen wird oder zu prekären Unterbringungsverhältnissen  
von ArbeitsmigrantInnen auf deutscher Seite?
- Gibt es einen neuen Sachstand zu einer möglichen strukturellen  
Finanzierung der GrenzInfoPunkte ab 2026, der Inflation und

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



Kostensteigerung dynamisch berücksichtigen wird, damit die bisherigen Dienstleistungen weiterhin angeboten werden können?

- Welche Form der angesprochenen möglichen Anhörungs- und Mitspracherechte der Euregios auf Landesebene hält die Landesregierung für sinnvoll und umsetzungsbedürftig?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

**Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie im Nachgang zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 19. April 2024****1. Sachstand der Absichtserklärungen, die Ministerin Neubaur 2023 unterschrieben hat**

Im Jahr 2023 hat Frau Ministerin Neubaur zwei Absichtserklärungen mit den Partnern in den Nachbarländern Belgien und der Niederlande unterzeichnet.

Die gemeinsame Absichtserklärung mit der belgischen Energieministerin Tinne Van der Straeten im Mai 2023 wurde dem Ausschuss für Europa und Internationales in der Sitzung vom 06.06.2023 vorgelegt. Die im November 2023 mit Hans Vijlbrief, Staatssekretär im niederländischen Ministerium für Wirtschaft und Klima, unterzeichnete Absichtserklärung (Joint Declaration of Intent) zur politischen Begleitung des grenzüberschreitenden CO<sub>2</sub>- und Wasserstoff-Pipelinevorhabens Delta Rhine Corridor ist dem Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zur Sitzung des 06.12.2023 zugegangen.

Seit Unterzeichnung haben anlassbezogen Gesprächs- und Austauschformate auf Arbeits- bzw. Expertenebene sowohl mit der belgischen Regierung als auch mit der niederländischen Regierung stattgefunden. So fanden bspw. in Q3/Q4 2023 Gespräche des MWIKE mit dem belgischen Energieministerium und den Fernleitungsnetzbetreibern Open Grid Europe (OGE) und Fluxys statt. Zum Delta Rhine Corridor steht MWIKE zudem in regelmäßigen Kontakt mit dem in den Niederlanden zuständigen Projektkoordinator, Herrn Bas Pulles, und seinen Mitarbeiter/-innen. Das niederländische Ministerium für Wirtschaft und Klima informierte das MWIKE zudem im April 2024 über den Stand des Raumordnungsverfahrens auf der niederländischen Seite.

Um den Sachstand und Planungen auf nordrhein-westfälischer Seite einzuholen, hatte das MWIKE in Q4/2023 zudem einen Austausch der Fachreferate mit OGE sowie den für die Genehmigungsverfahren zuständigen Bezirksregierungen organisiert. Zu den anstehenden Raumverträglichkeitsprüfungen auf nordrhein-westfälischer Seite wird OGE die Regionalplanungsbehörden noch im Mai 2024 informieren.

Auf Bundesebene bringt sich das MWIKE mit entsprechenden Stellungnahmen und Initiativen in die Entwicklung eines Wasserstoff-Kernnetzes mit den entsprechenden Anbindungen an die Nachbarländer ein, um einen effizienten Zugang an die Wasserstoffimport- und CO<sub>2</sub>-Exporthubs im Benelux-Raum sicherzustellen. Zu den grenzüberschreitenden Pipelineverbindungen stimmt sich MWIKE mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ab und nahm auf Einladung des BMWK im März 2024 an einem

deutsch-niederländischen Expertenworkshop teil, bei dem u.a. OGE und der niederländische Fernleitungsnetzbetreiber Gasunie über die Umsetzung der Grenzübergangspunkte sowie Planungen zum Delta Rhine Corridor informierten.

Dieser regelmäßige Austausch mit den Partnern/-innen in Belgien und den Niederlanden sowie mit dem BMWK soll auch in den nächsten Monaten intensiv fortgesetzt werden. So ist im Mai 2024 ein weiteres Treffen einer Expertengruppe zum Delta Rhine Corridor in Rotterdam vorgesehen, an der nach aktuellem Stand auch Frau Staatssekretärin Krebs teilnehmen wird.

Schließlich hat das MWIKE die grenzüberschreitende Energieinfrastruktur als Thema für die gemeinsamen Kabinettsitzungen mit der belgischen Föderalregierung sowie mit der flämischen Regierung eingebracht, die zunächst im ersten Halbjahr 2024 geplant und auf Wunsch der belgischen Seite verschoben wurden. Für anstehende Konsultationen mit der niederländischen Regierung ist das Thema aus Sicht des MWIKE ebenfalls geeignet, um die Diskussion auch auf politischer Ebene fortzusetzen.

Auf europäischer Ebene sind sowohl der Delta Rhine Corridor als auch die Anbindung nach Belgien (H2ercules Belgium) auf der 6. Liste der Projects of Common Interest (PCI) der Europäischen Kommission. Mit dem Status sind schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie ein vereinfachter Zugang zu Mitteln der Connecting Europe Facility (CEF) Energy verbunden.

## **2. Strukturierte Auswertung von Interreg-Projekten**

In der Förderperiode 2021-2027 stehen für die vier Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) mit NRW-Beteiligung jeweils insgesamt rund 1,05 Milliarden EU-Mittel (EFRE) für alle daran beteiligten Regionen zur Verfügung. Hinzu kommen etwaige Komplementärmittel des Landes NRW.

Dabei besteht jedoch kein Länder- bzw. Mitgliedsstaatenproporz bzw. festgelegter NRW-Anteil. NRW-Akteure/-innen stellen sich vielmehr grenzüberschreitend wie auch europaweit dem Wettbewerb, Umfang und Erfolg der Beteiligung von Akteuren aus Nordrhein-Westfalen hängen insoweit von der Qualität der eingereichten Projektvorschläge und deren Bewertung in den internationalen Programmgremien ab.

In der Förderperiode 2021-2027 wurden in allen europäischen Prioritäten insgesamt bereits 60 Interreg-Projekte mit NRW-Beteiligung umgesetzt, diese verteilen sich wie folgt auf die Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit:

Im Programm **Interreg Nordwesteuropa** wurden bisher 16 Projekte mit NRW-Beteiligung in den Themenbereichen Klimaanpassung, Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Innovation, Ausbildung von Fachkräften im Wasserstoffsektor, Logistik und Gesundheit genehmigt. Beispielhaft sind die Projekte ResNRJwater und FlashFloodBreaker, jeweils unter NRW-Konsortialführung, zu nennen. Das Projekt ResNRJwater (mit einem Gesamtumfang von rund 11 Millionen Euro, davon rund 6,4 Millionen Euro EU-Fördermittel) geleitet durch den Lippeverband als Konsortialführer (weitere NRW-Partner: Emschergenossenschaft; BETREM GmbH) beschäftigt sich mit der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien durch die Erschließung ungenutzten Potentials flächenintensiver Wasser- und Abwasserinfrastrukturen in städtischen und ländlichen Gebieten. Hierzu sollen sieben Pilotmaßnahmen in vier Mitgliedstaaten (in Deutschland im Ruhrgebiet im Raum Emscher-Lippe) umgesetzt werden. Das Projekt FlashFloodBreaker (mit einem Gesamtumfang von rund 11,9 Millionen Euro, davon rund 7,2 Millionen Euro EU-Fördermittel) unter der Konsortialführung der Emschergenossenschaft (weitere NRW-Partner: RWTH Aachen, Lippeverband, Stadt Duisburg) zielt auf die Entwicklung einer gemeinsamen transnationalen Strategie und drei Aktionsplänen für ein wirksames Management von Sturzflutrisiken.

Im Programm Interreg **Deutschland-Niederland** wurden bisher 42 Projekte unter Beteiligung von NRW-Partnern in den Themenbereichen Klimaschutz- und Klimaanpassung, Kreislaufwirtschaft, Innovation, Bildung und Arbeitsmarkt, Gesundheit und Naturschutz genehmigt. Beispielhaft zu nennen ist das Projekt H2Enabler (mit einem Gesamtumfang von rund 1,2 Millionen Euro, davon rund 0,5 Millionen Euro EU-Fördermittel), unter der Konsortialführung der NMWP Management GmbH (Düsseldorf) (weiterer NRW-Partner: HoDforming GmbH), welches vor dem Hintergrund des Ausbaus von H2-Brennstoffzellen die Erprobung der Warmumformung metallischer Bipolarplatten verfolgt. Ein weiteres Beispiel für ein Projekt unter NRW-Konsortialführung (DNL-contact GmbH & Co. KG (Burgsteinfurt) (weitere NRW-Partner: u.a. Kreis Warendorf und die Hochschule Rhein-Waal) ist das Projekt Emergency Drone (mit einem Gesamtumfang von rund 5,2 Millionen Euro, davon rund 2,1 Millionen Euro EU-Fördermittel), mit der Zielsetzung Drohnen in Katastrophenfällen vielseitig, zum Beispiel im Falle eines Zusammenbruchs der Kommunikationsinfrastruktur, einsetzen zu können.

Auch im Programm **Interreg Europe** konnten sich bereits in drei Projekten, in den Themenbereichen nachhaltige Mobilität, Kreislaufwirtschaft, sowie Wettbewerbsfähigkeit von KMU, NRW-Akteure im europaweiten Wettbewerb durchsetzen. Exemplarisch ist das Projekt AccelerateGDT zu nennen, welches den grünen und digitalen Wandel mit Hilfe von Clustern vorantreiben möchte.